

19. Wahlperiode



Deutscher Bundestag
Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Wortprotokoll der 80. Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft und Energie

Berlin, den 1. Juli 2020, 09:00 Uhr
10557 Berlin, Paul-Löbe-Allee 2
Paul-Löbe-Haus, Europasaal 4.900

Vorsitz: Klaus Ernst, MdB

Tagesordnung

Öffentliche Anhörung zum Thema „Sicherung der Souveränität deutscher und europäischer energiepolitischer Entscheidungen (Nord Stream 2)“

Seite 4

**Mitglieder des Ausschusses¹**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Bleser, Peter Durz, Hansjörg Grotelüschen, Astrid Hauptmann, Mark Heider, Dr. Matthias Helfrich, Mark Knoerig, Axel Koeppen, Jens Lämmel, Andreas G. Lenz, Dr. Andreas Loos, Bernhard Metzler, Jan Müller (Braunschweig), Carsten Pfeiffer, Dr. Joachim Rouenhoff, Stefan Stein (Rostock), Peter Willsch, Klaus-Peter	Dött, Marie-Luise Grundmann, Oliver Holmeier, Karl Kemmer, Ronja Körber, Carsten Kruse, Rüdiger Linnemann, Dr. Carsten Mattfeldt, Andreas Möring, Karsten Nicolaisen, Petra Nüßlein, Dr. Georg Pols, Eckhard Ramsauer, Dr. Peter Schweiger, Torsten Steier, Andreas Stetten, Christian Frhr. von Vries, Kees de
SPD	Freese, Ulrich Gremmels, Timon Junge, Frank Katzmarek, Gabriele Mohrs, Falko Poschmann, Sabine Rimkus, Andreas Saathoff, Johann Töns, Markus Westphal, Bernd	Bartol, Sören Jurk, Thomas Kapschack, Ralf Miersch, Dr. Matthias Raabe, Dr. Sascha Scheer, Dr. Nina Schmidt, Uwe Stamm-Fibich, Martina Thews, Michael Weingarten, Dr. Joe
AfD	Chrupalla, Tino Heßenkemper, Dr. Heiko Holm, Leif-Erik Komning, Enrico Kotré, Steffen Müller, Hansjörg	Bernhard, Marc Ependiller, Dr. Michael Hollnagel, Dr. Bruno Kraft, Dr. Rainer Sichert, Martin Spaniel, Dr. Dirk
FDP	Houben, Reinhard Klinge, Dr. Marcel Neumann, Dr. Martin Todtenhausen, Manfred Ullrich, Gerald Weeser, Sandra	Bauer, Nicole Dassler, Britta Katharina Kulitz, Alexander Reinhold, Hagen Solms, Dr. Hermann Otto Theurer, Michael

¹ Die unterschriebene Anwesenheitsliste wird dem Originalprotokoll beigelegt und ist während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
DIE LINKE.	Beutin, Lorenz Gösta Ernst, Klaus Lutze, Thomas Meiser, Pascal Ulrich, Alexander	Dağdelen, Sevim De Masi, Fabio Rixinger, Bernd Tatti, Jessica Wagenknecht, Dr. Sahra
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Dröge, Katharina Janecek, Dieter Müller, Claudia Nestle, Dr. Ingrid Verlinden, Dr. Julia	Badum, Lisa Baerbock, Annalena Bayaz, Dr. Danyal Kotting-Uhl, Sylvia Krischer, Oliver

Sachverständige:**Michael Harms**

Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V. (OAOEV)

Dr. Felix Helmstädtter

Morrison & Foerster LLP (Morrison & Foerster)

Dr. André Wolf

Hamburgisches WeltWirtschafts Institut (HWWI)

Dr. Timm Kehler

Zukunft ERDGAS e.V. (Zukunft ERDGAS)

Dr. Kirsten Westphal

Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)

Dr. Volker Treier

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)

Gerhard Schröder

Bundeskanzler a.D.

Jonathan Hackenbroich

European Council on Foreign Relations (ECFR)

¹ Die unterschriebene Anwesenheitsliste wird dem Originalprotokoll beigelegt und ist während der laufenden und der darauf folgenden Wahlperiode im Sekretariat des Ausschusses für Wirtschaft und Energie und danach im Archiv des Deutschen Bundestages einsehbar.



Öffentliche Anhörung Thema „Sicherung der Souveränität deutscher und europäischer energiepolitischer Entscheidungen (Nord Stream 2)“

Der **Vorsitzende**: Liebe Kolleginnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sind etwas im Zeitdruck heute, den ganzen Tag. Ich bitte Sie deshalb, insbesondere die Journalisten, den Raum so zu verlassen, dass wir hier arbeiten können. Und dann werden wir auch zügig mit unserer Anhörung beginnen. Nochmal die Bitte, dass die Presse den Sitzungssaal verlässt. Sie haben sicher noch genug Möglichkeiten für Bilder dann auch im Anschluss an die Veranstaltung. Gut. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße Sie recht herzlich zu unserer heutigen Anhörung zum Thema „Sicherung der Souveränität deutscher und europäischer energiepolitischer Entscheidungen (Nord Stream 2)“ in unserem Ausschuss für Wirtschaft und Energie. Es liegt dieser Veranstaltung kein konkreter Gesetzentwurf zugrunde, sondern wir haben uns im Ausschuss verständigt, diese Anhörung aufgrund der aktuellen Situation durchzuführen. Das war ein einstimmiges Anliegen des Ausschusses, und deshalb freue ich mich ganz besonders, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind. Ich möchte im Einzelnen begrüßen die Sachverständigen, die heute an unserer Ausschusssitzung teilnehmen. Ich begrüße Sie in der Reihenfolge, die hier auf meinem Zettel steht. Als erstes Michael Harms vom Ost-Ausschuss – Osteuropa-verein der Deutschen Wirtschaft. Herr Harms, den habe ich schon gesehen, da ist er. Recht herzlich willkommen. Dann Dr. Felix Helmstädt. Ist er jetzt anwesend oder in der Videokonferenz? Er ist anwesend. Herr Helmstädt Guten Morgen. Dann Dr. André Wolf, Hamburgisches WeltWirtschafts-Institut, da ist Herr Wolf. Guten Morgen. Dann Herr Dr. Timm Kehler, Zukunft ERDGAS e.V., Herr Kehler. Guten Morgen. Dr. Kirsten Westphal, Stiftung Wissenschaft und Politik. Guten Morgen. Dr. Treier vom Deutschen Industrie- und Handelskammertag, Gerhard Schröder, Bundeskanzler a.D., recht herzlich willkommen. Dazu doch eine kurze Bemerkung. Üblicherweise sind ja Ex-Kanzler oder auch während der Amtszeit nur dann eingeladen, wenn es um Untersuchungsausschüsse geht. Deshalb freue ich mich ganz besonders, ihn heute hier als Sachverständigen begrüßen zu können. Dann haben wir Jonathan Hackenbroich vom

European Council on Foreign Relations, Herr Hackenbroich. Guten Morgen. So, jetzt muss ich noch einige Vorbemerkungen machen, wie wir die Sitzung gestalten wollen. Vorher begrüße ich noch die Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Energie, recht herzlich willkommen, sowie die Kollegen mitberatender Ausschüsse, die Bundesregierung, Herrn Parlamentarischen Staatssekretär Bareiß und Staatsminister Niels Annen. Recht herzlich willkommen in unserem Kreis. Ich begrüße natürlich auch die Zuschauer hier im Saal und die, die uns über das Live-Parlamentsfernsehen im Internet zuschauen. Ebenso begrüße ich auch die Vertreter der Länder und der Medien. Herzlich willkommen! So, jetzt aber zum Ablauf. Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass Staatsminister Niels Annen und Parlamentarischer Staatssekretär Thomas Bareiß die Gelegenheit erhalten, einen kurzen Überblick über den aktuellen Sachstand zu geben. Wir haben uns darauf verständigt, fünf Minuten für jeden von Ihnen. Ich bitte Sie, dies exakt einzuhalten. Ich muss sonst einschreiten, wir kommen sonst mit der Anhörung nicht durch. Das gilt auch dann für die Fragen und Antworten, die wir Ihnen stellen. Meine Bitte ist, dass wir jeweils für die Frage und Antwort vier Minuten vorhalten. Wir machen also zwei Runden, sodass jeder, wenn er einmal befragt wird, acht Minuten hätte. Ich muss wirklich genau auf die Zeit achten, es, glaube ich, läuft dann eine Uhr mit, wenn ich es richtig sehe. Hier habe ich eine Uhr, die kommt dann auch oben sozusagen zur Erscheinung. Und ich bitte das wirklich exakt einzuhalten, sonst müsste ich geschäftsführend eingreifen, was ich überhaupt nicht möchte, sondern Ihnen die Gelegenheit geben, möglichst Ihre Zeit voll auszunutzen. Wir führen die Befragung der Sachverständigen unter Berücksichtigung des Stärkeverhältnisses der Fraktionen durch. Das bedeutet, dass ich auch deshalb darauf achten muss, dass es eingehalten wird, weil sonst die eine oder andere Fraktion zu kurz käme. Ja, ich glaube, das reicht auch. Es wird ein Wortprotokoll erstellt. Zur Erleichterung derjenigen, die das Protokoll erstellen, werden die Sachverständigen vor jeder Abgabe einer Stellungnahme von mir nochmal aufgerufen. Ich bitte also meine Kolleginnen und Kollegen, die die Fragen stellen, auch jeweils zu sagen, an wen sie die Frage richten. Das erleichtert den Ablauf der Sitzung. Das wär's. Und dann hoffe ich, dass wir



eine gute sachdienliche Veranstaltung durchführen können. Als erstes spricht nun Herr Thomas Bareiß, nein, als erstes Niels Annen und dann Thomas Bareiß. Herr Niels Annen bitte.

StM Niels Annen (AA): Ja, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank. Am 4. Juni haben Senator Cruz und Senatorin Shaheen den Gesetzentwurf zur Verschärfung des Protecting Europe's Energy Security Act von 2019 eingebracht. Dieses Gesetz sieht vor, die Sanktionsbewährung vom reinen Pipeline-Bau von Nord Stream 2 auf alle Aktivitäten rund um die Pipelineverlegung auszuweiten. Damit würden zum Beispiel auch die Bereitstellung von Schiffen zur Unterstützung der Verlegung der Pipeline oder die Versicherung und Ausrüstung dieser Schiffe sanktioniert werden. Auch Tätigkeiten zur Inbetriebnahme der Pipeline, Tests, Inspektionen oder Zertifizierungen fielen unter diese Sanktionen. PEESCA, so wird das Gesetz abgekürzt, soll offensichtlich wieder zusammen mit dem Verteidigungsetat verabschiedet werden. Zeitpunkt der Verabschiedung und einzelne Details sind noch unklar. Wir müssen aber davon ausgehen, dass dieses Gesetz bald kommt. Damit würde ein privatwirtschaftliches Projekt verhindert werden, das auf Basis bestehenden EU-Rechts durchgeführt wird. Die Haltung der Bundesregierung zu diesem Vorgang ist eindeutig. Extraterritorial wirkende Sanktionen sind ein schwerwiegender Eingriff in die Souveränität der EU. Es ist offensichtlich, dass hier von US-amerikanischer Seite versucht wird, das Projekt einseitig zu stoppen. Dabei wird europäischen Firmen unmittelbar mit Sanktionierung gedroht, obwohl diese ihre Arbeit in völligem Einklang mit gelgendem EU-Recht durchführen. Neben deutschen sind das unter anderem französische, österreichische und niederländische Unternehmen. Und das zeigt auch, es geht hier, anders als teilweise dargestellt eben nicht um eine reine deutsch-amerikanische Angelegenheit. Es geht um europäische Souveränität. Ein weiterer Effekt der Sanktionen betrifft unsere Außenpolitische Handlungsfähigkeit. Unkoordinierte Sanktionen schaden dem gemeinsamen Auftreten gerade gegenüber Russland. Transatlantische Einigkeit in der Russlandpolitik ist ein wichtiger Hebel, den wir nicht durch immer weiter auseinanderlaufende Sanktionsregime gefährden dürfen. Über Nord Stream 2, meine sehr

verehrten Damen und Herren, das wissen Sie, gibt es bekanntermaßen unterschiedliche Meinungen. Trotzdem herrscht weitestgehend Einigkeit darüber, dass die Drohung unter Einsatz extraterritorialer US-Sanktionen und Sekundärsanktionen unter Verbündeten gegen europäische Unternehmen inakzeptabel ist. Der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell hat sich bereits öffentlich aus grundsätzlichen Erwägungen klar gegen extraterritoriale Sanktionen ausgesprochen. Neben diesen grundsätzlichen Bedenken gibt es aber auch inhaltliche Gründe, weshalb die beschlossenen Sanktionen und die neuen Initiativen zur Verschärfung dieser Sanktionen aus unserer Sicht ungerechtfertigt sind. Der neue Vertrag über den weiteren Transit russischen Gases durch die Ukraine hat eine unterbrechungsfreie Fortsetzung des Transits gesichert. Er läuft seit dem 1. Januar problemlos. Das ist ein Erfolg; und er ist insbesondere durch das starke Engagement Deutschlands zustande gekommen. Darüber wird in den USA wenig gesprochen. Ich will auch darauf hinweisen, mit der Gasrichtlinie besteht ein verbindlicher europäischer Rechtsrahmen für den Betrieb von Nord Stream 2. Hier haben alle EU-Mitgliedstaaten, die Kommission und das Europäische Parlament zugestimmt. Dass der US-Kongress als Regulator europäischer Fragen auftritt, ist, meine sehr verehrten Damen und Herren, absurd. Man stelle sich einmal vor, wir würden ein Gesetz zum Schutz der amerikanischen Energiesicherheit hier im Deutschen Bundestag verabschieden. Es handelt sich, ich will das wiederholen, also um einen direkten und schwerwiegenden Eingriff in die deutsche und in die europäische Souveränität in die Energiepolitik und in die Energieversorgungssicherheit. Wir wollen ihm im gemeinsamen EU-Interesse als auch im Interesse der transatlantischen Partnerschaft entgegentreten. Ich will auch darauf hinweisen, auf globaler Ebene teilen Europa und die USA weiterhin wichtige Ziele. Es gibt auch grundsätzlich ein gemeinsames Interesse an europäischer Energiesicherheit und Souveränität. Die Bundesregierung ist davon überzeugt, dass politische Differenzen zwischen den Verbündeten in Verhandlungen gelöst werden müssen. Sanktionen sind der falsche Weg. Ich begrüße daher alle Überlegungen in diesem Ausschuss, sich an US-amerikanische Abgeordnete, Senatoren, Mitglieder des Kongresses zu wenden, um diese Haltung zu Nord Stream 2 zu verdeutlichen. Vielen Dank, Herr Vorsitzender.



Der Vorsitzende: Recht herzlichen Dank. Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Annen früher gehen muss. Das hat er mir gesagt. Das ist also keine Missachtung des Ausschusses. Es spricht nun der Kollege Bareiß. Bitte.

PStS **Thomas Bareiß** (BMWi): Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Bundeskanzler, sehr geehrte Damen, meine Herren. Ich möchte an das anknüpfen, was mein Kollege gesagt hat. Am 19. Dezember 2019 haben die USA Sanktionen gegen das Projekt Nord Stream 2, wie wir wissen, erlassen. Die Sanktionen richten sich gegen die bei Nord Stream 2 eingesetzten Rohrverlegeschiffe. Zwischenzeitlich haben US-Senatoren einen neuen Gesetzentwurf zur Verschärfung der bisherigen Sanktionen vorgelegt. Begründet werden diese Schritte immer mit dem Schutz der europäischen Energiesicherheit und der Abhängigkeit von russischen Erdgaslieferungen. Unserer Bewertung nach hätte der neue Gesetzentwurf weitreichende Folgen. Erstens soll er rückwirkend zum 19. Dezember 2019 anzuwenden sein. Zweitens soll er alle Firmen, Dienstleistungen, Versicherungen oder Nachrüstungsdienste betreffen wie auch Inspektionen und Zertifizierungen. Drittens auch verwaltungstechnisches Handeln von staatlichen Behörden im Zusammenhang entweder mit der Fertigstellung oder dem Betrieb der Pipeline, das sanktioniert wird. Es können auch beispielsweise dann Behörden von befreundeten Regionen wie Dänemark betroffen sein. Letztendlich könnten die Sanktionen die Inbetriebnahme der Nord Stream 2 auf Dauer verhindern. Das ist leider in unserer transatlantischen Partnerschaft ein bisher einmaliges Vorgehen, das wir auch bei aller freundschaftlichen Verbundenheit ablehnen. Die Bundesregierung hat daher Gespräche mit unseren europäischen Partnern aufgenommen, um sich auch gemeinsam mit der Europäischen Kommission abzustimmen. Ich bin dankbar, dass wir auch hier auf Unterstützung gestoßen sind. Das Sanktionsgesetz kommt aus dem US-Kongress. Partner des US-Kongresses ist der Deutsche Bundestag. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass auch der Bundestag zu den Sanktionen Stellung bezieht und seine Meinung über diese extraterritorialen Sanktionen, die einen massiven Eingriff in unsere Energieversorgung und in die Energiesouveränität zum Ausdruck bringt. Zum Abschluss möchte ich

noch einmal betonen, dass die Bundesregierung sich intensiv für eine Sicherung und Diversifizierung unserer Versorgung eingesetzt hat. So haben wir, besonders im Bundeswirtschaftsministerium, uns besonders dafür eingesetzt, dass wir auch den Gastransit durch die Ukraine sicherstellen und die Energiesicherheit Osteuropas sichern. Zweitens sind wir darüber hinaus sehr intensiv daran, LNG-Infrastrukturen in Deutschland aufzubauen inklusive dreier Terminals, die auch den Import von Gas ermöglichen sollen. Und drittens sehen wir, dass die Nord Stream 2 in erster Linie die Versorgung ganz Europas sichert und damit nochmal einen ganz besonderen Anteil an der Versorgungssicherheit unserer Partner in Europa beträgt. Deshalb können wir auch inhaltlich den Vorstoß aus dem US-Kongress nicht nachvollziehen. Dankeschön.

Der Vorsitzende: Danke, Kollege Bareiß. Wir kommen nun zur Befragung der Sachverständigen. Als erstes rufe ich auf den Kollegen Pfeiffer von der CDU/CSU.

Abg. **Dr. Joachim Pfeiffer** (CDU/CSU): Ja, Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen. In der Tat, wir wollen das heute auch aus Sicht des Wirtschaftsausschusses betrachten. Für uns als CDU/CSU ist klar, dass durch Nord Stream 2 das Gegenteil dessen bewirkt oder erreicht wird, was hier impliziert wird durch die amerikanischen Sanktionen, nämlich die Versorgungssicherheit Europas wird verbessert, weil die Liquidität des Marktes und der Märkte zunehmen. Die Wettbewerbsintensität nimmt zu und viele andere Dinge mehr. Deshalb ist es für uns auch politisch nicht akzeptabel. Wir wollen jetzt aber natürlich auch versuchen, erstens die Auswirkungen noch einmal zu konkretisieren und zweitens dann auch daraus abzuleiten, was denn unsere Überlegungen sind. Deshalb begrüße ich es außerordentlich, dass die EU-Kommission auch gestern angekündigt hat, dass sie nicht bereit ist, das so hinzunehmen, sondern auch die Überlegung von Gegensanktionen seitens der Europäischen Union ins Auge fasst. Allerdings müssen wir natürlich schon aufpassen, dass wir diese Spirale, in der wir ja sind, jetzt nicht weiter drehen, sondern versuchen, auch mit Maß und mit Verstand zu erreichen, dass wir zu einer Verständigung kommen. Deshalb zunächst meine Frage an den Herrn Helmstädtner und auch



an den Herrn Harms. Wie schätzen Sie denn jetzt die generellen Folgen der aktuellen Situation auf das Projekt ein? Aber auch welche Möglichkeiten sehen Sie, dass wir hier zu einer Lösung kommen, um einmal die politische Blockade, aber vor allem auch den Bau dann von Nord Stream 2 im Ergebnis zu ermöglichen?

Der **Vorsitzende**: Danke. Die Frage ging an zwei. Meine Bitte, dass Sie sich die Frage teilen, ein bisschen auf die Zeit achten. Herr Helmstädter als erstes.

SV Dr. Felix Helmstädter (Morrison & Foerster): Vielen Dank. Ja, zunächst war Ihre Frage, was die konkreten Folgen sein werden. Also, das neue eingebrachte Gesetz ist ja ein Änderungsgesetz zu dem bereits Ende Dezember in Kraft getretenen Gesetz. Und die Rechtsfolgen ergeben sich aus dem bereits bestehenden Gesetz. Die Unternehmen, die hier jetzt in der erweiterten Fassung zusätzlich betroffen wären, würden dann ebenfalls möglicherweise Einreisebeschränkungen gegen sich sehen sowie das Einfrieren von Vermögen, das sich in den USA befindet. Das sind sozusagen die Drohungen, die da konkret im Gesetzentwurf stehen. Einen Punkt möchte ich noch ergänzen. In dem jüngsten Entwurf, der jetzt im Senat auch eingebracht ist, ist dieses rückwirkende Thema meines Wissens herausgenommen worden, sodass das zumindest dann heißen würde, dass sich das nur auf den Zeitpunkt ab Erlass des Gesetzes beziehen würde und eine rückwirkende Anwendung möglicherweise im aktuellen Gesetzgebungsverfahren nicht mehr weiter verfolgt wird.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Harms, bitte.

SV Michael Harms (OAOEV): Ja, vielleicht stärker zu den wirtschaftlichen Folgen. Wie schon Staatssekretär Bareiß gesagt hat, sind die Sanktionen eine ernsthafte Gefahr für die Fertigstellung der Pipeline. Das würde verhindern, noch ausstehende 700 Millionen Euro Investitionen für den Fertigbau der Pipeline; 120 westliche Unternehmen aus 12 europäischen Ländern wären betroffen. Es wären Investitionen von jeweils einer Milliarde von fünf westlichen Investoren der Pipeline betroffen. Dazu noch drei Milliarden Euro für nachgelagerte Infrastruktur in Deutschland und 750 Millionen in der Tschechischen Republik.

Wir würden höhere Kosten für Gas für die industriellen Verbraucher und die Haushalte in Deutschland und Europa haben. Wir würden aus unserer Sicht unsere Klimaziele gefährden, diesen notwendigen Switch „coal to gas“ und ich möchte auch nochmal daran erinnern, dass, wenn wir von amerikanischem LNG-Gas sprechen, das Fracking-Gas ist, was wir definitiv hier in Europa und in Deutschland nicht wollen. Und es ist, wie schon mehrfach betont wurde, ein schwerer Schlag gegen die Investitions- und Rechtssicherheit.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Als nächstes fragt Herr Westphal, oder?

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender, Herr Bundeskanzler a.D., Frau Dr. Westphal, meine Herren, herzlichen Dank, dass Sie uns heute Morgen zur Anhörung hier als Sachverständige zur Verfügung stehen. Es gibt ja viele Themen, wo wir unterschiedlicher Meinung sind. Aber hier bei diesem Thema habe ich das Gefühl, dass die Übereinstimmung in den Fraktionen in der Bewertung sehr groß ist. Meine Frage geht an Frau Dr. Westphal von der Stiftung Wissenschaft und Politik. Sie beschäftigen sich ja intensiv mit diesen globalen Themen. Die energiewirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Russland sind ja historisch immer auch konfliktgeladen, in dem Dialog zwischen den USA und Deutschland und Europa. Und deshalb bewerten wir jetzt schon die Situation als neue Dimension, als schon auch gravierende Einmischung und deshalb meine Frage: Wie können wir die strategische Handlungsfähigkeit Deutschlands und Europas erhalten mit den Rahmenbedingungen? Und das zweite ist, wie kann man Instrumente der Souveränitätssicherung organisieren und etablieren?

Der **Vorsitzende**: Danke. Frau Dr. Westphal bitte.

SV Kirsten Westphal (SWP): Ja, ganz herzlichen Dank, Herr Westphal, herzlichen Dank für die Einladung. Ich möchte zunächst auch sagen, dass ich in den US-Sanktionen einen massiven Einschnitt in die deutsche Handlungsfähigkeit und Gestaltungsfähigkeit sehe, also in die europäische auch, sowie auch in die europäische Souveränität. Auch deswegen, weil nicht nur aktuell,



sondern auch künftig die Handlungsmöglichkeiten europäischer Unternehmen beschnitten werden. Letztendlich wird auch das Verwaltungshandeln und die Regulierung in der EU Makulatur und ad absurdum geführt, weil wir ja einen Rechtsrahmen geschaffen haben mit der novellierten Gasrichtlinie. Das heißt auch, dass das eigentliche Schwert, das die EU hat, die EU-Regulierung dadurch stumpf wird. Die Gefahr, die ich jetzt sehe, ist, dass wir in Deutschland sehr kurzsichtig das Thema Energiesouveränität auf Nord Stream 2 fokussieren. Und das Drama in der EU wäre, dass wir über Nord Stream 2 es nicht schaffen, Energiesouveränität tatsächlich gemeinsam zu behandeln, und zwar vis-à-vis Russland, den USA und China, weil die Herausforderung tatsächlich eine breitere und größere ist. Herr Westphal hat es gesagt. Ich sehe auch, wir haben eine neue Qualität in der Ausgangslage, auch durch die USA. Zwei Gründe dafür, politisch sehen wir eine Erosion der liberalen regelbasierten Ordnung. Und nicht nur China, Russland, sondern eben auch die USA unterhöhlen diese mit diesen unilateralen Sanktionen. Für Europa ist es eine besondere Herausforderung, dass wir im Energiebereich den eigentlich wichtigen Partner, den wir hatten, verlieren. Die USA sind Selbstversorger, sie sind nicht mehr Konsument. Insofern steht quasi Europa hier alleine da. Und wir sehen auch, dass wir auf sehr unterschiedlichen Energie- und Klimapfaden sind zwischen den USA und Europa. Das heißt, wir haben eine enorme Divergenz der Interessen. Klar, dahinter steht der Fracking-Boom, die USA sind Nettoexporteur und haben ein enormes Interesse, ihr LNG, ihr Fracking-Gas loszuwerden. Auch in Europa befinden sie sich einfach in einer enormen Konkurrenz um Marktanteile. Für mich ist die große Frage, was macht die Corona-Pandemie mit dem Angebot, mit dem doppelten Schock aus Angebotsverlust und gesteigerter Nachfrage? Europa bleiben nicht viele Möglichkeiten. Europa ist quasi in der geopolitischen Situation in einem Sandwich, weil dazu kommt eben nicht nur diese neuen Verschiebung innerhalb der transatlantischen Verhältnisse, sondern auch die geoökonomische, geopolitische Rivalität zwischen den USA und China. Europa ist da im Kreuzfeuer und quasi ein Schachbrett, auch der Auseinandersetzung. Und dieser Punkt wird bleiben. Also das ist auch das, was wir bei der Biden-Administration sehen werden. Und insofern ist es, was wir jetzt sehen,

was die USA machen, eigentlich ein Schärfen des Instrumentenkastens, um Europa auch Richtung China zu sehen. Letzter Punkt: Weil ich sehe, die Zeit abläuft; wir haben natürlich auch die Situation einer ökonomischen Konkurrenz. Und ich glaube, das würde ich nicht unterschätzen, dass die US-Sanktionen auch auf die Wettbewerbsfähigkeit Europas zielen. Trump war da sehr, sehr deutlich mit Blick auf...

Der Vorsitzende: Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

SVe Dr. Kirsten Westphal (SWP): ...den Handelsüberschuss. Und das ist aber ein sehr Trump-spezifisches Element.

Der Vorsitzende: Also noch einmal, die Uhr läuft wirklich nicht zum Spaß. Wir müssen ein bisschen auf die Zeit achten.

Abg. Steffen Kotré (AfD): Ja, vielen Dank. Meine Frage geht an Herrn Harms und Herrn Hackenbroich. Wir haben in der Vergangenheit gesehen, dass einfach nur reden nicht reicht. Die Bundesregierung hat heute hier noch einmal betont, dass sie nur Gespräche führen will. Deswegen meine Frage, ob das zielführend ist oder ob man nicht doch durchaus andere Mittel und Instrumente ins Feld führen muss, um den USA zu zeigen, dass Europa und Deutschland durchaus auch hier die eigenen Interessen verteidigen kann. Welche Instrumente könnten das sein?

Der Vorsitzende: Herr Harms mit der Bitte, sich die Frage zu teilen.

SV Michael Harms (OAOEV): Also wir sind, wenn die Frage auf Gegensanktionen abzielt, da sind wir ehrlich gesagt skeptisch, weil wir, wie auch heute schon betont wurde, in eine Spirale von Sanktionen und Gegensanktionen kommen, die eine Abwärtsspirale ist. Ich glaube auch nicht, dass die diplomatischen Mittel vor allen Dingen auf der Ebene der EU komplett ausgeschöpft sind. Ich würde sehr dafür plädieren, dass der Bundestag sich noch stärker direkt an die US-amerikanischen Kollegen im Kongress, Senat und vor allen Dingen Repräsentantenhaus wendet. Das Repräsentantenhaus ist ja noch bis August nicht in den



Ferien. Also hier gibt es noch Einflussmöglichkeiten. Wir müssen auf jeden Fall eine einheitliche EU-Position von Kommission und Parlament sicherstellen. Und man sollte unbedingt auch darauf Einfluss nehmen, dass die EU-Botschaft in Washington aktiver wird. Die Deutsche Botschaft ist vorbildlich aktiv, aber von EU-Seite müssen wir noch viel, viel mehr tun. Also das wären unsere Empfehlungen für eine Aktivität des Bundestages.

Der **Vorsitzende**: Danke, Herr Harms. Herr Hackenbroich bitte.

SV Jonathan Hackenbroich (ECFR): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde sagen, ich teile die Bedenken auf jeden Fall von Herrn Harms, was eine Eskalation angeht. Dennoch müssen wir uns überlegen, wie wir einen breiteren Ansatz gegenüber einer Extraterritorialität fahren. Ich würde auch erwähnen, dass es durchaus auch Tendenzen gibt in China, Stichwort Exportkontrollgesetzentwurf, das ist dann wieder rausgenommen worden, extraterritoriale Maßnahmen anzuwenden. Und es entscheidet sich an den aktuellen Fällen auch, wie weiter mit Europa umgegangen werden kann. Ich würde da drei Bereiche sehen. Zum einen Asymmetrien abbauen, denn es sind ja Asymmetrien, die wirtschaftlichen Asymmetrien, die politisch ausgenutzt und zur Waffe werden. Zweitens Resilienz stärken, das sind strukturelle Maßnahmen. Wie können wir Handel ermöglichen, wenn es aus unserer Sicht, aus deutscher, europäischer Sicht legitimer Handel ist. Und drittens, Anreize setzen. Deswegen, ich würde das auch klar im Gegensatz zu Gegenmaßnahmen oder Gegensanktionen sagen. Wie können wir politische Anreize setzen? Positiv, durch Angebote, und eben auch negativ, durch abschreckende Wirkung, dass es eher zu Kooperation kommt mit Europa und mit Deutschland und weniger zu unilaterallem Handeln. Diese Anreize sollten aber weniger im Sinne von einem „Tit for Tat“, von Gegensanktionen sein und mehr im Sinne von strukturellen Maßnahmen. Ich würde auf den Handelsbereich hinweisen. Im Handelsbereich ist es vollkommen normal, dass wir auf Augenhöhe und im Sinne von Reziprozität mit anderen Drittstaaten, Großmächten, verhandeln, weil auch die Kompetenzen auf der EU-Kommissionsebene liegen. Und im Sanktionsbereich und im

Bereich Extraterritorialität noch breiter gesprochen, gibt es diese Kompetenzen nicht. Ich sage nicht, dass wir diese unbedingt supranational aufbauen müssen. Aber „trade defense“-Instrumente und andere Möglichkeiten gibt es im Handelsbereich. Aber wir haben keine Möglichkeit, reziprok zu antworten im Fall von Sanktionen. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Danke. Als nächstes Herr Dr. Lenz bitte.

Abg. Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, danke, Herr Vorsitzender. Meine Fragen richten sich an den Herrn Dr. Helmstädtter und an den Herrn Dr. Treier. Zunächst einmal, Herr Helmstädtter, wie würden Sie denn die völkerrechtliche Zulässigkeit der getroffenen Sanktionen einschätzen, auch wenn es im Zweifel die US-Seite nicht interessiert. Die zweite Frage an Sie, welche Folgen haben denn die geplanten US-Sanktionen für die europäischen Unternehmen und in welchen Konflikt könnten die europäischen Unternehmen geraten, wenn sie den US-Sanktionen Folge leisten würden? Verbunden mit der Frage an Herrn Treier, warum hilft die EU-Blocking-Verordnung den deutschen Unternehmen nicht weiter? Und vielleicht könnten Sie, Herr Helmstädtter, auch noch auf diese Frage kurz Bezug nehmen? Danke.

Der **Vorsitzende**: Herr Helmstädtter mit der Bitte, sich die Frage zu teilen.

SV Dr. Felix Helmstädtter (Morrison & Foerster): Vielen Dank. Ja, zunächst zu Ihrer Frage zum Völkerrecht. Die EU-Kommission und die EU-Gesetzgebung sagen ja schon mit der gerade angesprochenen Blocking-Verordnung, dass diese extraterritorialen Sanktionen der USA, die wir auch im Bereich Iran und in anderen Kontexten sehen, völkerrechtswidrig seien. Da ist immer die Frage, inwieweit es einen ausreichenden Anknüpfungspunkt an das eigene Staatsgebiet gibt. Das ist letztlich die völkerrechtliche Grundfrage an der Stelle. Und in jedem einzelnen Bereich der Sanktionsgesetzgebung dann die Rückkopplung zum Staatsgebiet zu ermitteln, das ist völkerrechtlich umstritten. In der Rechtsanwendung hilft es allerdings nicht weiter. Und das ist das, was uns und in der Beratung und den Unternehmen, denen wir dabei helfen wollen, in der Compliance schwierig



macht, dass diese Sanktionen sofort wirken und auch diese breite Auswirkung, wie wir heute schon hörten, haben. Und Maßnahmen wie die Blocking-Verordnung, das war die zweite Frage, eben nicht den Unternehmen helfen, sondern sie in einen Gesetzeskonflikt bringen. Die europäischen Unternehmen müssen sich entscheiden, können sie gegen EU-Recht verstößen oder gegen US-Recht. Und hier ist es sehr schwierig, Compliance-Maßnahmen in den Unternehmen zu treffen. Und auch für die Geschäftsführer ist es schwierig, Entscheidungen zu treffen, wonach man sich richtet. Insofern sind die Unternehmen hier in einem Gesetzeskonflikt, im Zweifel gefangen, zumindest was Iran-Sanktionen angeht, wo die Blocking-Verordnung bereits Anwendung hat.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Treier, noch eineinhalb Minuten.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Danke, Herr Ernst, für die Einladung und danke, Herr Lenz, für die Frage. Herr Helmstädter hat das schon sozusagen beantwortet, eine Dilemma-Situation, die sich auftut für die deutschen Unternehmen, für die der US-Markt der wichtigste Exportmarkt ist. Und wenn die extraterritoriale Wirkung sich auf die Unternehmen in ihrem Wirken außerhalb des US-Marktes erstrecken und wir es damit womöglich mit völkerrechtswidrigen Sanktionierungen zu tun haben, was den Unternehmen auch nicht weiterhilft. Dann haben wir uns zunächst gefreut über eine Blocking-Verordnung, die ein Signal ausüben sollte à la Helms-Burton Act gegen Kuba, die eine Executive Order des Präsidenten der USA damals sozusagen wieder obsolet gemacht hat und dass die extraterritoriale Wirkung auf Unternehmen, die mit Kuba damals Geschäfte gemacht haben, nicht eingeführt wurde. Das war die Hoffnung. Die Hoffnung ist mit dieser US-Administration zu nichts gemacht worden, indem diese Executive Order zurückgenommen wurde, die, glaube ich, von Präsident Clinton eingeführt wurde. Und damit stehen wir in der Dilemma-Situation, entweder verstößt ein Unternehmen gegen EU-Recht oder gegen US-Sanktionsrecht. Und das führt nicht weiter.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Treier. Herr Houben bitte.

Abg. Reinhard Houben (FDP): Ja, Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, fragen möchte ich Herrn Dr. Treier vom DIHK. Ich hätte gerne von Ihnen eine Einschätzung, inwieweit Sie bisher die Aktivitäten der Bundesregierung bewerten, eben deutsche Unternehmen vor solchen Angriffen zu schützen. Und ja, glücklich ist, wer vergisst, wir im Grunde als Bundesrepublik Deutschland wieder darauf setzen sollten, eine Art TTIP 2 anzuschieben, weil wir damit eigentlich Regeln haben könnten, die ein solches Projekt wie Nord Stream 2 gefährden. Zweitens, Bernd Westphal und Kollege Pfeiffer haben das ja auch schon etwas intoniert. Es gab hier eine Gemeinsamkeit, was dieses Thema angeht. Wer die Berichterstattung seit gestern verfolgt in den Medien und auch den „Almauftrieb“ hier zu dieser Anhörung, möchte ich doch mal in diesem Zusammenhang fragen, halten Sie es für die Wirtschaft zumindest für sinnvoll, dass wir jetzt diese Anhörung so politisieren, dass Gerhard Schröder als Bundeskanzler a.D. und Kreml-Lobbyist hier in dieser Runde jetzt durch DIE LINKE. befragt wird? Dankeschön.

Der Vorsitzende: Ja, fragen tun ja alle. Wie Sie eben? Herr Treier bitte.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Ja, danke Herr Houben. Also das Thema der Handelshemmnisse, der zunehmenden Handelshemmnisse beschäftigt die deutsche Wirtschaft, kann man sagen, seit der Finanzmarktkrise schlechend zunehmend. Wir befragen die Unternehmen jedes Jahr im Frühjahr nach neuen Handelshemmnissen, die in ihren Geschäften hinzugekommen sind. In diesem Jahr, das war vor der Corona-Zeit, Januar, Februar, haben wir das veröffentlicht, war das Ergebnis so, dass eine überwältigende Anzahl von Unternehmen mehr als in den Jahren zuvor von neuen Handelshemmnissen berichtet hat. Und Sanktionen werden dann von diesen Unternehmen mit 53 Prozent als das Thema benannt. Darunter finden sich dann wiederum US-Sanktionen mit extraterritorialer Wirkung nicht nur hier gegenüber dem Projekt Nord Stream 2, sondern Iran, Kuba, lateinamerikanische Länder. Die Liste ist sehr, sehr lang. Wir haben uns seitens der Wirtschaft im Zusammenhang mit dem Austritt der USA aus dem JCPOA, dem Nukleardeal mit dem Iran, gefreut, dass sich auch die Kanzlerin zusammen mit anderen EU-Staats- und Regierungschefs nach



dem Austritt der USA hingestellt hat und sagte, Europa muss ein Stück weit souveräner, resilenter werden. Herr Hackenbroich hat es ausgeführt. Darunter kam aber keine Maßnahme, die diese Resilienz steigert. Und so wie Herr Harms auch sagt, wir raten schwer davon ab, aus wirtschaftlichen Gründen in ein „Tit for Tat“ mit Gegensanktionen in eine Spirale einzutreten. Deshalb ist Ihre Anregung, dass über Freihandelsabkommen, über einen Investitionsschutzteil in einem Freihandelsabkommen, wie es in TTIP zumindest angelegt war, ein gangbarer, ein mühsamer, aber ein richtiger Weg, hier unilaterale Sanktionen auszuschließen zu versuchen. Uns ist klar, das ist schwierig, weil es sich bei Sanktionen immer um die National Security handelt in der Begründung. Und deshalb wird es nicht leicht sein. Die Frage ist, was Europa dazu zu geben bereit ist, weil die USA haben nun mal diesen langen Arm des US-Rechts, auf sozusagen den ganzen Globus. Und es ist eine große Belastung für die deutschen Unternehmen. Und hier reicht das Instex, dieses Finanzierungsvehikel bei weitem nicht aus. Hier muss dringend nachgelegt werden. Und abschließend, wir sind wirklich froh, dass diese Diskussion heute endlich hier in der Legislative stattfindet.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Treier. Die nächste Frage möchte ich selbst stellen an Herrn Schröder. Wir haben ja nun die Situation einer veränderten amerikanischen Politik, exterritoriale Sanktionen. Wie bewerten Sie das angesichts Ihrer Erfahrung und vor dem Hintergrund der deutsch-amerikanischen Beziehungen insgesamt? Wie müssen wir das einordnen? Und zweitens, wo sehen Sie die Ziele dieser amerikanischen Politik? Was wollen die USA damit erreichen?

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Viele Dank, Herr Vorsitzender. Übrigens bin ich hier, nicht um etwas zu politisieren, sondern weil Sie mich eingeladen haben. Und mein Respekt vor dem Parlament ist immer noch so groß, dass ich dann auch komme. Es sei denn, ich bin krank oder kann auf gar keinen Fall. Das nur zu der einen Frage, die hier aufgekommen ist. Zur Sache: Es ist ja nicht der erste Versuch der amerikanischen Politik, in die Energiepolitik Deutschlands einzudringen. Ich erinnere an das Erdgas-Röhrengeschäft. Zu allen Zeiten ist dieser Versuch gemacht worden. Und alle deutschen Kanzler haben

ebenso wie Frau Bundeskanzlerin Merkel deutlich gemacht, dass diese Art von exterritorialem Vorgehen nicht geht und dass das auch eine Belastung des deutsch-amerikanischen Verhältnisses ist. Das Nord Stream 2-Projekt ist, anders als es in Amerika diskutiert wird, eben keine Sache Russlands, sondern es ist ein europäisches Projekt. Es ist in vier europäischen Ländern genehmigt und damit europäisch legitimiert. Mit den Sanktionen wollen die USA das Heft des energiepolitischen Handelns selbst in die Hand nehmen und einem souveränen Staat wie Deutschland und einer souveränen Staatengemeinschaft wie Europa vorschreiben, was sie zu tun und zu lassen haben. Und dass das zurückgewiesen werden muss im eigenen nationalen wie im europäischen Interesse, das kann ja gar nicht zweifelhaft sein. Die Argumente der Sanktionsbefürworter sind falsch. Die Energiesicherheit Europas wird nicht gefährdet. Es gibt eine gegenseitige Abhängigkeit, wie wir alle wissen, etwa zwischen Russland, dessen Staatsbudget ja doch sehr abhängig ist von Öl- und Gaslieferungen und uns, die wir auch angesichts der Klimapolitik, die die Regierung macht, angesichts der Tatsache, dass wir sowohl aus der Kernenergie als auch aus der Kohle aussteigen, brauchen wir eine sichere Erdgasversorgung, weil das eine Übergangstechnologie für sehr, sehr lange Zeit sein wird, und die im Übrigen umweltpolitisch den wenigsten Schaden zufügt. Zur Sache selber noch einmal deutlich, dass es hier um deutsche und europäische Unternehmen geht. Investitionen von zwölf Milliarden Euros würden abgeschrieben werden müssen, wenn das Projekt nicht fertiggestellt werden kann. Und bis zu vier Milliarden Euro im Jahr an Mehrkosten für Gas würden aufzubringen sein durch deutsche und europäische Verbraucher. Also hier ist schon etwas an Interesse deutlich, das weit über übliche Dimensionen hinausgeht. Wir haben im Übrigen auf Bitten, die deutsche Bundesregierung hat übrigens auf Bitten anderer deutlich gemacht, dass sie sich sehr wohl einsetzen will für die Interessen etwa der Ukraine an Durchleitungsgebühren, die es gibt. Und deswegen gibt es auf Vermittlung der deutschen Bundeskanzlerin und des russischen Präsidenten, wie Sie wissen, ja auch diesen Vertrag vom Jahr 2019, der für fünf Jahre lang zwischen russischen Lieferanten und ukrainischen Partnern die Durchleitungsmöglichkeiten sicherstellt. Das ist auch weniger ein



politisches Problem als eines der, ja, der Sicherheit der ukrainischen Pipeline gewesen, denn darin ist relativ wenig investiert worden, was jeder weiß, in letzter Zeit. Und deswegen kann auch aus diesem Grunde keine Rede davon sein, dass Nord Stream 1 und 2, in diesem Fall Nord Stream 2, die Energiesicherheit gefährden. Im Gegenteil. Sie unterstreichen die Versorgungssicherheit Deutschlands und Westeuropas ausdrücklich. Und das führt dazu, dass ich schon glaube, dass diplomatische Möglichkeiten ausgenutzt worden müssen, vor allen Dingen auf der europäischen Ebene.

Der Vorsitzende: Sie müssten auch zum Schluss kommen bitte, Herr Schröder.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Ja-wohl, ich komme zum Schluss. Aber es wird auch nicht ohne Gegensanktionen gehen können.

Der Vorsitzende: Danke, Herr Schröder. Nun spricht die Kollegin Müller von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abge. Claudia Müller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. Herr Schröder, wenn Sie natürlich sagen, dass Erdgas eine wichtige Rolle im Klimamix der nächsten Jahrzehnte spielen wird, ist das natürlich eine durchaus gefärbte Meinung als Aufsichtsratsvorsitzender eines Gasunternehmens und Vorstandsvorsitzender eines anderen. Meine Frage geht allerdings an Herrn Hackenbroich. Es wurde angesprochen, das Thema, dass dies auch ein europäisches Projekt ist. Damit sprechen wir ja nun mal am Beispiel von Nord Stream 2. Wie würden Sie denn die innereuropäischen Auswirkungen des Pipeline-Projekts beschreiben? Insbesondere mit Blick auf unsere Anrainerstaaten und Nachbarn und auch auf die Ukraine.

Der Vorsitzende: Herr Hackenbroich bitte.

SV Jonathan Hackenbroich (ECFR): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, Frau Abgeordnete. Ich will anfangen, also wir sind ein Thinktank mit sieben Büros in ganz Europa, in den wichtigsten Hauptstädten, auch in Osteuropa. Und deswegen sind wir sehr an dem Thema „Europäische Souveränität“ interessiert. Und deswegen ist dieses

Thema „Nord Stream 2“ für uns fast ein Stück weit ein separates Thema, neben dem Thema Extraterritorialität. Es kommt aber natürlich jetzt zusammen. Ich will kurz anfangen mit dem, was ein osteuropäischer Gesprächspartner mir in der letzten Woche gesagt hat. Er hat gesagt, Deutschland und Nord Stream 2, das ist so ein bisschen wie Frankreich und Libyen. Relativ eigenständige Politik, um es vorsichtig zu formulieren, bei Frankreich und Libyen, und dann kommt es zu einem Vorfall wie dem von vor zwei Wochen im Mittelmeer, wo die französische Regierung einer türkischen Fregatte und der Türkei aggressives Verhalten vorwirft, und auf ihre Partner in Europa und in der NATO zählt und ein Stück weit feststellen muss, dass sie aufgrund ihrer eigenständigen Libyen-Politik nicht ganz den Rückhalt verspürt, den sie eigentlich angesichts des Vorfalls legitimierenweise erwarten könnte. Der Vergleich, den will ich mir gar nicht zu 100 Prozent zu eigen machen, aber dass dieser Vergleich von osteuropäischen Gesprächspartnern kommt, zeigt, wie es auch im eigenen deutschen Interesse ist, dass wir jetzt im Fall, wo es schwierig wird, eigentlich unsere europäischen Partner im Falle von Extraterritorialität auf unserer Seite haben. Im Falle von Nord Stream 2 ist es durchaus schwierig aufgrund dieser Wahrnehmungen. Und Sie kennen teilweise die Punkte. Aber ich will noch kurz sagen, welche sie sind. Es sind natürlich die Sicherheitsbedenken, also die Zusagen Russlands. Herr Bundeskanzler, die werden natürlich in Osteuropa etwas anders gesehen. Und es wird durchaus auch Russland zugetraut, dass diese im Zweifel nicht eingehalten werden. Und die Glaubwürdigkeit Deutschlands und der EU aus dieser Sichtweise hat durchaus Schaden genommen, denn wir denken an South Stream, das als Druckmittel eingesetzt wurde in der Ukraine-Krise, unter anderem auf Bulgarien, aus Brüssel. Da hat man in Bulgarien den Druck aus Brüssel verspürt, das wissen Sie. Und Deutschland darf aber sein Pipeline-Projekt umsetzen. Das ist alles diese Sichtweise, die aus unserer Sicht, aus ECFR-Sicht, wichtig auch für Deutschland ist, weil es in unserem eigenen Interesse liegt, diese Wahrnehmungen deutlich einfließen zu lassen. Jetzt will ich noch kurz etwas zum Thema Extraterritorialität sagen. Es wurde ja schon gesagt, dass es eigentlich tatsächlich nicht das bisher einmalige Vorgehen ist, son-



dern ich finde eigentlich das Beispiel Türkei-Exekutiv-Verordnung aus dem Oktober sehr instruktiv. Die ist immer noch gültig, wird aber nicht umgesetzt. Und die sieht vor, Sekundärsanktionen gegen europäische Unternehmen in noch zu definierenden Sektoren der türkischen Wirtschaft. Das ist wirklich, Iran ist vielleicht ein schwieriger Partner, Nord Stream 2 ein schwieriges Projekt, jedenfalls aus innereuropäischer Sicht. Die Türkeiverordnung, Exekutiv-Verordnung zeigt, dass dieses Thema breiter angegangen werden muss und dass es hier tatsächlich um europäische Souveränität geht. Danke.

Der Vorsitzende: Danke. Es spricht Herr Gremmels von der SPD, bitte.

Abg. Timon Gremmels (SPD): Ja, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, für die SPD-Bundestagsfraktion kann ich klar und deutlich sagen, dass wir uns für den Bau von Nord Stream 2 aussprechen. Das ist im Einklang mit europäischer Politik. Der EU-Gasrichtlinie haben 27 von damals 28 Ländern zugestimmt. Und das ist das, was die USA macht, eine Frage der europäischen Glaubwürdigkeit, ein Angriff auf unsere Souveränität. Zumal die Debatte auch doppelzüngig ist, wenn man sieht, dass die USA sehr viel Öl aus Russland importieren. Ich glaube, nach Kanada zweitgrößter Importeur. Meine Frage richtet sich an Herrn Kehler von Zukunft ERDGAS. Können Sie uns noch einmal sagen, inwiefern Nord Stream 2 die europäische Gasversorgung langfristig sichern kann? Und welche Auswirkungen die jetzt im Raum stehenden Ausweitungen der extraterritorialen Sanktionen sich hinsichtlich der von Unternehmen in Deutschland und Europa getätigten Investitionen haben? Vielen Dank.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Dr. Kehler bitte.

SV Dr. Timm Kehler (Zukunft ERDGAS): Danke, Herr Vorsitzender. Wenn wir über Erdgas sprechen, dann sprechen wir über den zweitwichtigsten Energieträger in Europa und in Deutschland. Rund ein Viertel unserer Energieversorgung ist durch diesen Energieträger gedeckt, der rund die Hälfte der Deutschen tatsächlich mit Wärme versorgt und auch viele Industrieunternehmen und Chemieprozesse. Also wir müssen die Bedeutung der Erdgas-Versorgung tatsächlich entsprechend

berücksichtigen. Der Gasbedarf in Europa wird absehbar mindestens konstant bleiben, wenn nicht sogar durch den zunehmend fortschreitenden Kohleausstieg auch ansteigen. Das heißt, wir müssen uns tatsächlich auch intensiv mit der Frage auseinandersetzen: Wie können wir die Gasversorgung Europas organisieren, insbesondere auch vor dem Hintergrund, dass die europäische Gasproduktion spürbar zurückgehen wird? Die Nordseeanrainer produzieren zunehmend weniger, die Niederlande werden in den nächsten Jahren fast komplett aus der Gasproduktion aussteigen. Das wird dazu führen, dass Europa rund ein Viertel des Gasbedarfs in den nächsten fünfzehn Jahren neu durch Importe organisieren muss. Und da sind wir auf einem guten Weg. Die Europäische Kommission hat hier eine sehr gute Politik gemacht, einerseits durch die Regulatorik, das Binnenmarktpaket, was den Wettbewerb stärkt, was Monopole aufgebrochen hat und andererseits durch den Ausbau neuer Infrastrukturen, LNG-Terminals, Pipeline-Verbindungsstücke, die am Ende dafür sorgen, dass wir wirklich einen funktionierenden Binnenmarkt haben. Nord Stream 2 an der Stelle ist ein sehr effizientes Werkzeug, um Europa mit Gas zu versorgen. Zweitausend Kilometer Verkürzung der Strecke, effiziente, moderne Technologien führen dazu, dass nicht nur die Emissionen auf dem Transport deutlich zurückgehen sollen, vor allen Dingen auch die Wettbewerbsfähigkeit des darin transportierten Gases deutlich gesteigert wird. Damit haben wir natürlich das, was wir in den letzten zehn Jahren auch erlebt haben, nämlich Ausblick auf eine sehr günstige Energieversorgung mit dem CO₂-ärmsten fossilen Energieträger. Sollten tatsächlich diese Sanktionen greifen, hätte es gravierende Auswirkungen. Herr Harms hat es ja bereits auch in Zahlen gefasst; 700 Millionen stehen noch aus, 120 Unternehmen, viele Mittelständler sind betroffen, das wären die kurzfristigen Maßnahmen, zwölf Milliarden Euro sind weitestgehend investiert und müssten abgeschrieben werden durch auch teilweise deutsche Unternehmen. Und was auch tatsächlich sehr schwerwiegend ist, das Energiewirtschaftliche Institut der Uni Köln hat es ausgeführt, mehr als vier Milliarden Euro per anno Mehrbelastungen durch erhöhte Gaspreise durch weltweite Importe - gerade auch LNG ist ja ein teurer Energieträger - werden durch die entsprechenden Kunden zu tragen sein. Und ich



denke, ein ganz wesentlicher Schaden wird auch natürlich passieren, indem die energiepolitische Errungenschaft des Gasbinnenmarktes dadurch gefährdet wird, die Integrität des größten Gasmarktes weltweit, was die Importe anbetrifft, würde gefährdet werden, was natürlich auch die Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt. Also wir rechnen mit sehr gravierenden Auswirkungen dieser Sanktionen.

Der **Vorsitzende**: Herzlichen Dank. Es spricht Herr Lämmel von der CDU bitte.

Abg. **Andreas G. Lämmel** (CDU/CSU): Ja, es sind ja nun viele Seiten dieses Projektes und der Folgen schon beleuchtet worden. Und ich frage mich eigentlich jetzt, was kann man denn wirklich tun? Also deshalb würde ich auch Herrn Treier noch einmal fragen, weil Sie ja auch in Ihrer Stellungnahme schreiben, dass der europäische Binnenmarkt Instrumente benötigt, um seine wirtschaftspolitische Souveränität und Integrität zu steigern. Können Sie das vielleicht nochmal etwas konkretisieren, was das für Instrumente sein könnten? Und das eine sind ja langfristig oder mittel- und langfristig wirkende Dinge. Und jetzt steht ja die Frage, was ist die Antwort auf diese US-Sanktionen. Sehen Sie denn zum Beispiel ein Importverbot für „shale gas“ (deutsch: Schiefergas) oder ähnliche Produkte, die im Fracking-Verfahren produziert werden, für ein wirksames Mittel?

Der **Vorsitzende**: Herr Treier bitte.

SV **Dr. Volker Treier** (DIHK): Das ist, Herr Lämmel, eine wunderbare Frage. Das ist die Gretchenfrage überhaupt. Wenn wir Gegensanktionen ausschließen, wie verhalten wir uns, wir betonen welthandelsorganisationskonform, mit den Instrumenten. Da gibt es eine veränderte Anti-Dumping-Verordnung. Es gibt ein Instrumentarium, um auf marktverzerrenden unfairen Wettbewerb zu reagieren. Bislang sind Sanktionen, die zu so einer Marktverzerrung, wir haben es hier mit einer Marktverzerrung zu tun, also das ist ja fast noch eine Untertreibung, weil diese Sanktionen der USA die wahrscheinlich, und das sagt unser Büro heute Nacht aus Washington, zu einem sehr, sehr hohen Prozentsatz bildlich erhoben werden gegen das Projekt. Es ist sozusagen, es ist eine direkteste Form einer Marktverzerrung, um dann am Ende,

so ist es ja im Gesetz auch oder in den Entwürfen niedergeschrieben, dass das LNG aus den USA dann sozusagen kompensieren soll, das, was durch Nord Stream 2 an Erdgas nicht geliefert wird. Also haben wir es hier mit einer hohen Form von Marktverzerrung zu tun. Insofern ist zu prüfen, ob die EU, das neu geschärzte EU-Instrumentarium, die Handelsschutzinstrumente sind verändert worden, genutzt werden. Wir haben sie nur noch nicht angewandt. Ich kann Ihnen nicht sagen, ob das darunter fällt oder wie wir diese EU-Verordnung interpretieren müssten, um es anzuwenden. Aber das ist ein denkbarer Weg. Wir empfehlen WTO-konform, um uns dann nicht dem Ruf auszusetzen, dass die USA sagen, ja, ihr verletzt selbst die Welthandelsorganisationssregeln. Das ist das eine, über Handelsschutzinstrumente zu reagieren. Und wir müssen dann reagieren, weil diskutiert haben wir ja auch schon mit der Blocking-Verordnung an anderer Stelle mit dem Iran und sehen, dass es keine Folge hat. Wenn ich dann das Beispiel des Iran noch einmal nehme. Hier haben wir es jetzt bei Nord Stream 2 weniger mit der Betroffenheit von verbundenen Kreditinstituten zu tun, aber normalerweise läuft die Verbindung der „secondary sanctions“ über unsere Kreditinstitute, die selbst oder über ihr Sparteninstitut ein Dollarkonto haben müssen aus anderen Gründen und dann aus vorauseilendem Gehorsam keine Finanzierung für die Geschäfte geben. Und hier müssen wir auch reagieren und zeigen, dass wir neben dem Vehikel Instex, das bislang erst genau ein Geschäft, glaube ich, möglich gemacht hat, also fast gar nichts, dass wir wirklich schärfere Waffen ins Schaufenster stellen. Das ist keine schnelle Lösung, aber diese Lösungen sind die einzigen, die mir einfallen. Und die müssen angegangen werden.

Der **Vorsitzende**: Danke. Es spricht Herr Rouenhoff bitte.

Abg. **Stefan Rouenhoff** (CDU/CSU): Ja, meine Frage geht auch in Richtung von Volker Treier. Jetzt ist es ja so, dass wir eine entschlossene Reaktion aus meiner Sicht schon brauchen, um auch deutlich gegenüber den USA zu machen, dass nicht noch weitere Maßnahmen folgen sollten. Was meine ich damit? Wir reden heute über Russland, vielleicht reden wir morgen über China. Da ist meine große Befürchtung, dass, wenn wir hier



nicht entschlossen reagieren, dass wir am Ende auch andere Länder in den Fokus nehmen, die bisher noch nicht im Fokus sind. Und da ist meine Frage, wie schätzen Sie die Situation ein?

Der **Vorsitzende**: Ok. Herr Treier bitte.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Also wir haben den Abstimmungsprozess in unseren Gremien gemacht über die Frage von Antworten auf solche Maßnahmen. Und die Antwort der deutschen gewerblichen Wirtschaft ist, nicht mit solcher Form von Sanktionen zurückzuschlagen, die ebenfalls extraterritorialen Charakter haben würden, um nicht, und das, was wir leider auch schon beobachten, dass China über sein Exportkontrollrecht extraterritoriale Elemente einzieht. Ich weiß nicht, Herr Hackenbroich, wo Sie Ihre Informationen herhaben, aber ich habe hier eher negative Anmerkungen. Die Russen haben auf die ersten Sanktionen auch schon mit etwas ähnlichem gedroht. Dann kommen wir in die Spirale hinein. Und dann wird aus Sicht eines deutschen international agierenden Mittelständlers die Lage so unübersichtlich, da bleibst du wirklich ganz zu Hause und stellst dein Geschäft ein. Womit wir empfehlen würden zu reagieren, ist, auch auf anderen Feldern natürlich Dinge in die Waagschale zu werfen, die die USA beeindrucken. Ganz konkret auf die extraterritorialen Sanktionen bezogen, kann man sich vorstellen, dass man ähnlich wie bei Derivatgeschäften sozusagen in gewissen kontinuierlichen Abständen eine Bank gründet für Geschäfte, die von europäischer Seite erlaubt oder auch gewünscht sind. Und anschließend diese Bank wieder schließt. Bei Derivatgeschäften macht man das so, dass diese Bank nicht gegenüber den Sanktionen der USA, gegenüber diesem Land anfechtbar wird und verklagt werden kann. Also das ist ein Weg, den man überlegen kann. Also, es ist ja nicht aus der Welt, dass man sich am Anfang nach der Iran-Erfahrung fragt, wieso? Wir haben eine staatseigene Bank, wir haben eine europäische staatseigene Bank, wir haben eine Zentralbank. Also wenn die privaten Institute schon nicht in der Lage sind, weil sie ein Dollar-Konto haben müssen, der Dollar ist nun mal die Reservewährung, das ändern wir nicht so schnell, dass wir an dieser Stelle ein Finanzvehikel, nennen wir es mal so, mehr Gehirnschmalz einsetzen als wir es bislang bei Instex getan haben. Und

dann braucht es einen gewissen politischen Willen. Das wäre ein Instrument, glaube ich, das geht auch nicht spurlos an denjenigen in den USA vorbei, die solche Sanktionen über den Kongress anschließen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Töns bitte.

Abg. Markus Töns (SPD): Ja, vielen Dank. Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Westphal. Besser gesagt, es sind vielleicht zwei eher komplexe Fragen. Das eine ist, Sie haben das ja schon angedeutet, dass die zunehmende Bedeutung der europäischen Wirtschaft und in der Welt auch dazu führt, dass das vielleicht ein kritischer Punkt ist für die US-Administration, für die US-Politik, hier Druck auszuüben. Können Sie das vielleicht nochmal ein bisschen konkretisieren, was Sie da genau darunter verstehen? Auch unter Betrachtung der Corona-Krise und der Tatsache, dass wir, glaube ich, feststellen, dass gerade amerikanische Banken unter Druck geraten, das LNG-Gas finanzieren. Könnte das ein interessanter Aspekt sein? Der zweite ist, Sie sprechen von strategischer Souveränität, und ich glaube, in dem Zusammenhang müssen wir von einer europäischen strategischen Souveränität sprechen. Vielleicht können Sie das auch gerade in Energiefragen noch einmal ein bisschen konkretisieren. Vielen Dank.

Der **Vorsitzende**: Frau Dr. Westphal bitte.

SV Dr. Kirsten Westphal (SWP): Ja, vielen Dank. Ich glaube auch, dass wir an einem Kumulationspunkt sind und dass wir diese neue Qualität der US-Herausforderung sehen, weil wir auch eine Verknüpfung von wirtschafts- und sicherheitspolitischen Themen sehen. Also das ja auch, das schwierige ist für gerade die deutsche Politik, die sich sehr um eine Kompartmentalisierung des Erdgasthemas, des Wirtschaftsthemas gekümmert hat, während wir in den USA eine Tendenz sehen, Wirtschaftsfragen, Sicherheitsfragen, die Frage der NATO-Beiträge, die Frage der US-Stationierung der Soldaten miteinander zu verknüpfen. Und das ist ein besonderes Element der US-Trump-Administration. Aber gleichzeitig haben wir natürlich die Entwicklung, dass die USA auch ihren Instrumentenkasten mit den extraterritorialen Sanktionen, wir haben es angesprochen, aus-



weiten im Rahmen der größeren globalen Herausforderung, die ich benennen würde, wirklich mit diesem geopolitischen Konflikt zwischen den USA und China, in dem Europa aufgerieben zu werden droht. Und eben auch diese Schlagzahl an ökonomischer Konkurrenz, die in den USA, auch aus Europa gesehen wird. Also ich finde, der Punkt zu fragen, wie kann man die europäische Industrie wettbewerbsfähig halten, ist ein ganz relevanter, mit Blick auf die Energiepreise, mit Blick auch auf die teure Transformation, in der wir stehen und wo wir die USA nicht an der Seite haben. Und wir wissen auch nicht, was die Wahlen bringen. Ich glaube auch, dass die Corona-Pandemie nochmal ein „game changer“ werden kann. Wir sehen eine dramatische Situation in der Schiefergas- und Schieferölindustrie, wir sehen wirklich führende Unternehmen, die jetzt Bankrott gehen. Also wir haben so eine Sicht, die Tendenz ist natürlich, ja, Russland hat günstiges Pipeline-Gas. Wir haben in den letzten Monaten gesehen, US-LNG, LNG überhaupt, auch russisches LNG wird wettbewerbsfähig, das kann sich jetzt auch wieder komplett drehen. Für mich ist es ein großes Fragezeichen, wie es in den USA weitergeht. Was aber auch genau das Moment stützt, dass wir eben für Energiesouveränität Diversifizierungen, viele Optionen brauchen. Und das macht eigentlich Energiesouveränität aus. Also Zugang zu angemessenen, verlässlichen, preisgünstigen Energieträgern, aber eben auch viele Optionen. Und deswegen ist eben dieses Nord Stream 2 bei aller schwierigen außenpolitischen und europapolitischen Dimension trotzdem so wichtig, weil es Optionen schafft. Ich sehe das auch ganz schwierig, da kurzfristig zu agieren. Ich würde auch tatsächlich, weil es eine Initiative aus dem Senat, aus dem Repräsentantenhaus ist, nochmal das Parlament hier ermutigen, auf die Kollegen in den USA zuzugehen, auf das Europaparlament zuzugehen, das ist der einzige Weg, den ich kurzfristig sehe. Mittelfristig sind viele Momente schon angesprochen worden von Herrn Treier. Langfristig geht es um die Augenhöhe. Also wie können wir europäische Unternehmen fit und größer machen, weil gerade der Mittelstand mittlerweile vor einem Umfeld steht, das von Protektionismus gekennzeichnet ist, weil es einfach schwieriger wird.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Holm bitte.

Abg. Leif-Erik Holm (AfD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Meine Fragen richten sich an Gerhard Schröder. Herr Bundeskanzler, die erste Frage, ich würde gerne von Ihnen noch einmal Worte hören zur Änderung der Gasrichtlinie. Sie haben das ja in Ihrer Stellungnahme auch markiert. Wir halten das für völlig zutreffend. Die Frage ist, warum hat aus Ihrer Sicht hier die Bundesregierung so wenig Widerstand geleistet? Wo stehen wir zurzeit? Sie haben gesagt, es muss auch Gegensanktionen geben. Die Frage ist also, welchen Weg Sie einschlagen würden, um hier gegen die Sanktionen der USA vorzugehen? Und wie bekommen wir das Projekt zügig fertiggestellt?

Der Vorsitzende: Danke. Herr Schröder bitte.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Vielen Dank. Zunächst einmal, was die Gasrichtlinie angeht, die Veränderung ist eindeutig eine Angelegenheit gewesen, die natürlich zu Lasten vor allen Dingen Deutschlands und speziell Nord Stream 2 ging. Ich kann die Entscheidungsfindung nicht im Einzelnen verfolgen. Fest steht ja doch wohl, dass es nicht gelungen ist, Frankreich insbesondere auf eine Position zu bekommen, die dazu geführt hätte, dass diese Gasrichtlinie, die ja wohl eine bestimmte Stimmenmehrheit brauchte, verhindert werden konnte. Das war wohl eine Schwierigkeit im deutsch-französischen Verhältnis. Was dafür die Ursachen sind, kann ich, da ich auf die Presse angewiesen bin, naturgemäß nicht beurteilen. Vielleicht ist das hier im Ausschuss eher möglich, das herauszubekommen. Scheint ja so zu sein, dass nach den neuesten europapolitischen Veranstaltungen, die es gegeben hat, um die Pandemiefrage in den Griff zu bekommen, das Verhältnis sich wieder entscheidend verbessert, und deswegen die Bedingungen im deutsch-französischen Verhältnis, das ja zentral ist für europäische Solidarität wieder besser werden könnten. Ist jedenfalls eine Hoffnung. Das zweite, ich kann zu den Einzelheiten der denkbaren Gegensanktionen natürlich nichts sagen, aber wenn ich das so mir anhöre, dann sind wir hier offenbar in einer Position oder es wird empfohlen, sich in eine Position zu begeben, besser gar nichts zu machen, als sich sozusagen auf die gleiche Ebene zu begeben. Das habe ich bei Ihnen so ein bisschen herausgehört, Herr Treier. Das ist ja keine Lösung. Also wird man auf der europäischen Ebene, und



Deutschland muss das versuchen, genau diese Solidarität wieder zu erzielen. Das, was hier gesagt worden ist, auch denkbare schmerzliche Gegen-sanktionen, wie haben Sie gesagt, „ins Schaufenster zu stellen“. Schaufenster wird nicht reichen, sondern man wird auf der europäischen Ebene dafür sorgen müssen, dass begriffen wird, dass Nord Stream 2 eigentlich nur der Beginn einer umfassenden Politisierung der Handelsbeziehungen seitens der Vereinigten Staaten ist. Wenn ich mir anschau, was erwartet wird, dass zum Beispiel Deutschland sich in die Handelsauseinandersetzungen mit China auf der Seite etwa der Vereinigten Staaten von Amerika einschaltet, kann man ja davor nur warnen, angesichts der Bedeutung, die der chinesische Markt zum Beispiel für die deutsche Automobilindustrie, aber nicht nur für diese eben hat. Und insofern glaube ich, ist der schöne Satz „Wehret den Anfängen“ im Grunde die Form von Politik, die man der Bundesregierung und der Europäischen Kommissionen empfehlen muss. Über die Instrumente im Einzelnen, da bin ich zu wenig in der Diskussion, als das ich mich dazu äußern könnte und äußern wollte.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Lenz bitte.

Abg. Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU): Ja, danke Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an den Herrn Harms und an den Herrn Helmstädtler. Wir haben ja jetzt diese exterritorialen Sanktionen. Sehen Sie noch irgendeine Möglichkeit, auch unter Beibehaltung dieser Sanktionen, dass Nord Stream 2 fertiggestellt wird? Und wenn ja, wie könnten die aussehen? Und dieselbe Frage an Herrn Helmstädtler, ergänzend an die beiden noch die Fragen bezüglich der etwaigen Gegenmaßnahmen, Gegensanktionen, wo sehen Sie da die Vorteile und die eventuellen Nachteile? Danke.

Der **Vorsitzende**: Danke. Als erstes Herr Helmstädtler bitte.

SV Dr. Felix Helmstädtler (Morrison & Foerster): Vielen Dank. Also erfahrungsgemäß wirken, wenn sie denn erlassen werden, diese erweiterten Sanktionen unmittelbar auf die Unternehmen in der Form ein, dass sie sich auch daran halten, sodass für die Fertigstellung zumindest zeitgemäß da zunächst erstmal die Compliance der Unternehmen

im Wege stehen wird. Die Gegenmaßnahmen, da ist meines Erachtens wichtig, dass wir da nicht vorschnell, wie es bei den Iran-Sanktionen beim Austritt aus dem Atom-Abkommen JCPOA und der USA vorhandene Verordnungen wie die Blocking-Verordnung, versuchen zu erweitern. Und die Nord Stream 2-Sanktionen da in den Anhang mit aufzunehmen, weil die Unternehmen dann in den gleichen Gesetzeskonflikt geraten, wie wir es im Bereich Iran-Sanktionen schon haben. Da wäre eher zu überlegen, wie man insgesamt die europäische Einheit und auch Schlagkraftigkeit der europäischen Gesetzgebung erhöhen könnte, indem man eben die Sanktionsgesetzgebung beschleunigt. Das Einstimmigkeitserfordernis blockiert ja viel auf europäischer Ebene. Und auch die Durchsetzung des europäischen Rechts solle mehr vereinheitlicht werden. Das würde den europäischen Unternehmen in der Rechtsanwendung deutlich helfen. Die Kompetenz ist vorhanden in den Mitgliedstaaten, in den Ministerien, es muss nur sozusagen auch auf europäischer Ebene eine stärkere einheitliche Sprache gesprochen werden, die dann auch global bei den USA stärker gehört wird.

Der **Vorsitzende**: Dankeschön. Herr Harms bitte.

SV Michael Harms (OAOEV): Ja, ich hatte ja schon gesagt, dass die Gefahr, wenn das Gesetz so in Kraft tritt, sehr groß ist, dass sich die Unternehmen darauf zurückziehen. Wir dürfen auch die Entschlossenheit der Sponsoren dieses Projektes im US-Senat vor allen Dingen nicht unterschätzen. Das hat der Ted Cruz nachdrücklich bewiesen, deshalb noch einmal meine große Aufforderung, jetzt wirklich aus allen Rohren feuern, da würde ich nochmal alle Abgeordneten parteiübergreifend auffordern, alle Kontakte zu nutzen, die jetzt vor allen Dingen ins Repräsentantenhaus bestehen, um hier noch eine gangbare Lösung zu erwirken. Ich glaube, dieses „Wehret den Anfängen“ ist auch richtig, es wird aber, wie Frau Westphal gesagt hat, kurzfristig schwierig sein, hier mit konkreten Gegenmaßnahmen zu reagieren. Aber es muss noch darauf hingewiesen werden, dass es dann eine Paketlösung sozusagen geben wird, wo auch das transatlantische Verhältnis ernsthaft betroffen sein wird und die Interessen der USA ernsthaft betroffen sein werden. Und mittelfristig



müssen wir auf jeden Fall auf diese Resilienz setzen, von der schon von vielen gesprochen wurde. Also, wie gesagt, kurzfristig vor allen Dingen EU und USA eine klare Position und langfristig alles stärken, was unsere eigene Souveränität betrifft. Grundsätzlich nicht nur gegenüber den USA, sondern wenn man schon von PEESCA und diesen schönen Abkürzungen spricht, wir brauchen auch so eine Art „Protect Europe's Economic Sovereignty against Foreign Intrusion Act“. Ich habe jetzt mal überlegt, den könnte man so schön nennen.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Herr Dr. Neumann bitte.

Abg. Dr. Martin Neumann (FDP): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender, vielen Dank auch an die hier anwesenden Sachverständigen für Ihre konstruktiven Beiträge. Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Westphal. Deutschland ist ja auf dem Weg, seine Energieträgerstruktur grundsätzlich zu verändern. Also wir beginnen ja, übermorgen haben wir die Diskussion zum Kohleausstieg, dann Ende 2022 den Kernenergieverstromungsausstieg, 50 Gigawatt gesicherte Leistung verschwinden bis 2038. Meine ganz konkrete Frage nach diesem Szenario, nach diesen Maßnahmen: Kann denn Deutschland in Zukunft, und Energiepolitik ist ja kein Experimentierfeld, sondern etwas ganz wichtiges für Wirtschaft und Verbraucher, tatsächlich überhaupt noch krisenfest, robust und gegen politische Einflussmaßnahmen resilient sein? Und gibt es jetzt über die schon diskutierten Maßnahmen hinaus noch etwas, was tatsächlich getan werden muss? Also nicht nur Nord Stream 2, vor allen Dingen aber auch die Diskussion, die wir stärker führen müssen in Richtung geopolitischer Maßnahmen im Rahmen von Energiepolitik?

Der Vorsitzende: Danke. Frau Dr. Westphal bitte.

SVe Dr. Kirsten Westphal (SWP): Ja, ganz herzlichen Dank. Das ist keine leichte Frage. Ich denke, die große Herausforderung, vor der Deutschland, aber auch die Europäische Union stehen, ist die Energieversorgung jetzt im bestehenden Energiesystem zu sichern, ohne sie gleichzeitig zu perpetuieren, also den Energiemix zu perpetuieren und eben die Transformation zu starten. Das wäre der Rahmen. Das heißt für mich, dass wir auf der

einen Seite natürlich eine Resilienz und ein robustes Energiesystem, gerade mit Blick auch auf Erdgas bewahren müssen. Sie haben den Kohleausstieg angesprochen, Sie haben den Kernenergieausstieg angesprochen. Das heißt aber auch, dass wir ganz klar aus deutscher Sicht den europäischen Verbund brauchen. Das ist angesprochen worden. Wir haben große Errungenschaften gerade im EU-Gasmarkt, aber wir brauchen auch den europäischen Strommarkt, weil wir eben Kapazitäten abschalten. Und insofern muss die Anstrengung zuerst immer europäisch sein. Und da stehen wir einfach vor der Herausforderung des Artikels 194. Das hieße aber, unser Vertragsenergiemix ist noch national souverän, aber eigentlich brauchen wir einen europäischen Kontext. Da haben wir ein Spannungsverhältnis. Die Energietransformation, Sie haben es angesprochen, ich glaube, wir brauchen eine Debatte darüber, welche Industrien sind strategisch wichtig und welche Technologien brauchen wir als Bausteine für die Energietransformation. Und da kommt dann für mich die ganze Debatte rein, die wir schon hatten. Also wie können wir mit der Asymmetrie umgehen, mit dem Druck? Wir sehen jetzt auch, die Corona-Pandemie als neues Moment nochmal zu hinterfragen. Wie resilient sind Wertschöpfungsketten, sind Lieferketten? Das ist, glaube ich, ein ganz zentrales Element, wenn wir Solarpaneele hätten, Windenergie, kritische Materialien, das ist was, wo wir jetzt die Chance haben, sehr, sehr früh zu schauen, wo brauchen wir Elemente wirklich in Europa, wo brauchen wir Kompetenzen in Europa. Und das sehe ich als die große Herausforderung zu gucken, wie kann Europa mitspielen in dem Konflikt USA – China, aber auch vis-à-vis Russland. Da kann Russland auch natürlich als Partner reinkommen und muss als Partner reinkommen, wenn wir über Dekarbonisierung von Erdgas sprechen, wenn wir über Wasserstoff als nächstes Element sprechen. Also ich glaube, auch die Schwierigkeit für Europa ist tatsächlich, eigentlich ein regelbasiertes funktionierendes Wettbewerbssystem beizubehalten, aber gleichzeitig die Industrie fit zu machen für ein unfreundlicheres Umfeld, wenn ich es mal so salopp sagen darf. Und dann brauchen wir Finanzierungsinstrumente. Wir brauchen die Absicherung von Krediten. Aber wir brauchen eine Diskussion, was sind elementare Schlüsseltechnologien in Europa, die wir halten wollen und die wir auch wirklich,



im Prinzip eines Airbus-Projektes meinetwegen, wirklich in Europa aufzubauen müssen?

Der **Vorsitzende**: Danke. Alexander Ulrich bitte.

Abg. Alexander Ulrich (DIE LINKE.): Ja, Herr Houben, nur so viel, die Mövenpick-FDP sollte sich doch zurückhalten mit Bewertungen von Sachverständigen. Das sollte man jeder Fraktion selbst überlassen. Und heute Morgen ist ja von vielen Sachverständigen auch gesagt worden, dass der Bundestag jetzt eine wichtige Rolle hat. Und ich finde, durch die Anwesenheit von Herrn Schröder wird der Bundestag heute über ein Fachpublikum hinaus wahrgenommen. Da sollten wir doch alle dankbar dafür sein. Herr Bundeskanzler, es wurde ja schon vieles auch gesagt, was können Gegenmaßnahmen sein oder was man verhindern will, auch die Staatssekretäre haben heute Morgen ja relativ deutliche Worte gefunden. Aber mit Watte zu werfen, das wird wohl nicht ausreichen. Das haben Sie auch schon erwähnt. Können Sie vielleicht noch einmal konkreter sagen, was jetzt die Bundesregierung tun sollte. Und wie bewerten Sie denn, wenn der Pipeline-Bau nicht fertiggestellt werden würde? Was glauben Sie denn, was die Reaktion von Russland wäre? Also, wie würde Russland darauf reagieren? Darüber haben wir uns ja heute Morgen noch gar nicht unterhalten.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Ich werde einen Teufel tun und mir eine Reaktion in Russland ausdenken. Warum sollte ich das? Ich kann mir nicht vorstellen, dass hier jemand in der Lage wäre sich auszudenken, wie denn oder gar den Rat zu geben, wie denn die russische Reaktion aussähe. Soviel, wie wir wissen, ist Russland doch bereit gewesen, auf die Bitten oder auf das Drängen der deutschen Bundeskanzlerin einzugehen und die Sicherheit der Energieversorgung durch die Ukraine mit zu garantieren. Das zeigt doch, dass es dort viel guten Willen gibt. Und ansonsten gehöre ich nicht zu denjenigen, die schon davon ausgehen wollen, dass das Nord Stream 2-Projekt nicht zu Ende gebracht werden kann. Auch das wäre in der jetzigen politischen Diskussion ein großer Fehler, wie ich meine. Sondern man sollte doch versuchen, durch das, was hier angeklungen ist, auf der europäischen Ebene Druck auszuüben, aber auch die Möglichkeiten der Diskussion der Parlamentarier

zu nutzen, um jedenfalls die ganz besonders giftigen Zähne dieses Gesetzes zu ziehen. Also insofern, bereits jetzt die Flinte ins Korn zu werfen, das hielte ich doch für falsch. Und an solch einer Debatte mag ich mich nicht beteiligen. Ebenso wie ich nicht darüber mutmaßen möchte, was denn Russlands Reaktion ist. Es ist nicht meine Sache, darüber nachzudenken, sondern das ist Sache der operativen Politik, in der ich ja bekanntlich nicht mehr bin, was ich im Übrigen nur begrenzt bedaure. Aber den Aspekt wollte ich dann doch nochmal erwähnen. Den Aspekt nämlich, dass die ganze „Sanktionitis“ unter dem Eindruck dessen, was wir an wirtschaftlicher Entwicklung in der nächsten Zeit oder Nichtentwicklung zu erwarten haben, ein Instrument ist, mit dem ich weit vorsichtiger umzugehen rate, als das bei dem einen oder anderen der Fall ist. Das betrifft den Handelskonflikt mit China genauso wie die Sanktionen gegenüber Russland und natürlich erst recht einzelne Projekte, denn die wird geteilte Auswirkungen auf europäische und deutsche Firmen haben. Über Einzelheiten eines Sanktionskatalogs, eines gedachten, vorgestellten Sanktionskatalogs der Europäischen Union müssen sich wirklich diejenigen unterhalten, die in der Diskussion intensiver drin sein können wegen der Beratungsmöglichkeiten, die sie haben und die ich nicht habe. Ich denke, dass, soweit ich Pressemeldungen mitbekommen habe, die Europäische Kommission bereit ist, einen Sanktionsmechanismus zu entwerfen. Und es wäre Sache der deutschen Bundesregierung, das glaube ich schon, wegen ihres dringenden Interesses, das ja angeklungen ist, an der Fertigstellung von Nord Stream 2 dort so ein bisschen Druck zu entfalten. Das ist ja nicht falsch, wenn ich an meine eigenen Erfahrungen in früheren Zeiten denke, Druck zu entfalten auch auf die Europäische Kommission und die Bereitschaft anderer, sich jedenfalls über einen Sanktionsmechanismus, Gegensanktionsmechanismus zu unterhalten. Das wären die Dinge, die ich anzumerken hätte. Aber bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich mich über denkbare Reaktionen anderer Länder schon deshalb nicht unterhalten und gar nicht in Erwägung ziehen möchte, dass es solche gibt. Und dann kann ich nicht auf der einen Seite amerikanische Sanktionen kritisieren und mich dann freuen über Sanktionen auf der anderen Seite. Das ist nicht meine Sache.



Der Vorsitzende: Danke. Es spricht der Kollege Willsch.

Abg. Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ja, ich habe eine Frage an Herrn Harms.

Der Vorsitzende: Herr Schröder, würden Sie bitte das Knöpfchen drücken?

Abg. Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Es brummt. Bei mir brummt es jetzt.

Abg. Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): Ah, jetzt geht es. Technische Kompetenz, sensationell. Dass Energiestoff-, Energierohstofflieferungen immer auch eine strategische Rolle spielen, eine geostrategische, ist ja kaum bestreitbar. Vor allen Dingen, auch wenn es um staatliche Unternehmen geht. Wie sind denn aus Ihrer Sicht jetzt rückblickend die Erfahrungen? Ich erinnere mich auch an das Gasröhrengeschäft, alles mitten im Kalten Krieg, und ähnliches. Ich erinnere aber auch an Aversionen gegenüber der Ukraine durch die Russen. Wie ist aus deutscher Sicht die Bilanz, wenn man die Zuverlässigkeit in der Zusammenarbeit und die Fähigkeit dabei, tagespolitische Ereignisse auszublenden, anschaut? Nun hat das natürlich auch alles einen Geburtsfehler gehabt mit dem Ausblenden des Baltikums und Polens und im Alleingang aus deutscher Sicht hier, das wollen wir jetzt mal vor der Klammer lassen, aber generell die Erfahrungen aus den letzten drei, vier Jahrzehnten. Wie verlässlich sind die Beziehungen? Und wie können wir uns damit auf die Zukunft einstellen?

Der Vorsitzende: An wen war die Frage gerichtet, Kollege Willsch?

Abg. Klaus-Peter Willsch (CDU/CSU): An Herrn Harms.

Der Vorsitzende: Herr Harms.

SV Michael Harms (OAOEV): Ja, also die Erfahrung sind nicht drei oder vier, sondern exakt fünf Jahrzehnte alt, weil am 1. Februar 1970 wurde in Essen der große Gaslegevertrag unterschrieben. Und wir wollten es eigentlich auch feierlich begehen, aber dann durch Corona ist das alles nicht zustande gekommen. Sie sind ausgesprochen positiv. Es hat in diesen fünf Jahrzehnten

nicht einmal eine Lieferunterbrechung oder den Versuch gegeben, die Gaslieferung oder Energie lieferung als politisches Druckmittel gegenüber dem Westen einzusetzen. Auch in den finsternsten Zeiten des Kalten Krieges, wobei es viele Versuche gegeben hat - Herr Schröder hat darauf hingewiesen - schon in den 60er und in den 80er Jahren, diese Pipeline-Projekte von US-Seite zu sanktionieren. Es wird immer wieder auf den Konflikt mit der Ukraine verwiesen. Ich glaube, das war 2008 oder 2009, weiß ich jetzt nicht mehr genau. Wobei ich nochmal sagen muss, das war ein Konflikt zwischen Russland und der Ukraine. Und der Vorwurf stand im Raum, dass die Ukraine Gas abgezweigt hätte. Das mag ich nicht zu beurteilen, aber ich will darauf hinweisen, dass es eine völlig andere ukrainische Regierung war, die jetzt von der jetzigen ukrainischen Regierung sehr scharf kritisiert wird. Und es gab damals ein Gemeinschaftsunternehmen zwischen Gazprom und der ukrainischen Seite mit Herrn Firtasch an der Spitze, aber das ist alles abgewickelt worden. Also eine ganz andere Situation, das hat damals auch einige osteuropäische Länder betroffen, aber das war kein politischer Druck auf sozusagen die Endabnehmerländer. Also ich würde ein absolut positives Fazit ziehen. Und es ist ja auch mehrfach betont worden, dass Russland viel abhängiger ist von Gaslieferungen nach Westeuropa. Die machen einen sehr, sehr großen Anteil am russischen Staatshaushalt aus. Und Russland müsste völlig verrückt sein, das einzusetzen. Wenn sie es einmal machen, verkaufen sie nie wieder Gas. Also dann sollten wir wirklich auf andere Lieferanten setzen, wenn sowas eingesetzt wird. Und das wissen, so glaube ich, die russischen Lieferantendiskutieren Gazprom und auch die politischen Entscheider sehr, sehr gut.

Der Vorsitzende: Danke. Frau Dröge bitte.

Abge. Katharina Dröge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Vielleicht nur eine kurze Bemerkung. Herr Schröder, Sie haben ja davon gesprochen, dass die Politisierung der Handelsbeziehung durch die USA begonnen hätte. Ich möchte Sie nur nochmal darauf hinweisen, dass das durchaus auch andere Länder tun, auf die Sie leider aus offensichtlichen Gründen nicht so kritisch schauen. Deswegen diskutie-



ren wir das hier im Ausschuss auch grundsätzlicher; und meine Frage geht an Herrn Hackenbroich. Ich würde Sie gerne noch einmal nach den Instrumenten fragen, die die Europäische Union hat und aus Ihrer Sicht vielleicht auch stärker entwickeln sollte, um politische und wirtschaftliche Souveränität zu besitzen. Wie bewerten Sie das Vorgehen der EU mit Blick auf die Wahrung des Nuklearabkommens? Hat Instex funktioniert? Hat das Blocking-Statute funktioniert? Was wären Instrumente, wie zum Beispiel die öffentliche Finanzierung von Banken? Wo müssten wir da weiter kommen als EU?

Der Vorsitzende: Danke. Herr Hackenbroich bitte.

SV Jonathan Hackenbroich (ECFR): Ja, vielen Dank. Ich habe ja auch zuvor über Osteuropa gesprochen und die andere Wahrnehmung. Was aber auch aus unserer Sicht ganz eindeutig ist, dass auch so eine Entscheidung über Nord Stream 2, die nicht einfach aus innereuropäischen Erwägungen ist, in Europa, nicht in Peking, nicht in Washington oder sonstwo fallen muss. Also das wollte ich nur nochmal sagen. Und deswegen ist diese breitere Debatte, und da würde ich auch anregen, dass der Bundestag sich damit beschäftigt, wie man mit Extraterritorialität umgeht, ganz entscheidend. Also wir hatten die Exportkontrolle. Unsere Bedenken dabei, chinesische Exportkontrolle, sind nur, dass es deutlich informeller ablaufen könnte als in den USA und es damit noch schwieriger ist, darauf zu reagieren. Aber ich will vielleicht mal kurz auf den Bericht Ihrer Kollegen, republikanischen Kollegen, im Kongress hinweisen von vor ein paar Wochen, der drastische Vorschläge beinhaltet. Also da ist die „Nationale Sicherheits-Study-Group“, die „Taskforce-Study-Group“, im Kongress; das wäre Russland auch vom Swift ausschließen, also das gleiche machen, wie mit Iran, direkte Sanktionen gegen Instex. Und auch, das finde ich, ist ein sehr gutes Beispiel dafür, wie Europa und Amerika eigentlich die gleichen Interessen verfolgen, aber durch solche Vorschläge es unglaublich schwer wird, chinesische Unternehmen zu sanktionieren mit Sekundäreffekt auf Europa, die des Diebstahls intellektuellen Eigentums bezüglicht werden. Diese Entscheidung, ob europäische Unternehmen mit diesen chinesischen Unternehmen handeln, sollte auch in Europa getroffen werden. Und ob es

da Probleme mit Diebstahl intellektuellen Eigentums gibt. Jetzt zu meinen drei Bereichen Asymmetrie, Resilienz und Asymmetrien abbauen, Resilienz stärken und Anreize setzen. Ich will zu den Anreizen kurz sagen, den Gegenmaßnahmen. Wenn wir das nur, also Finanzsanktionen sogar, limitieren, dann brauchen wir schon eine ganz klare machtpolitische Analyse. Und da sind drei Punkte entscheidend: Erstens, die Eskalationsdominanz liegt auf amerikanischer Seite. Zweitens, also wenn eskaliert werden möchte, dann ist man finanzpolitisch, wir sind auf, in einer Reihe von Dingen, von Finanzdienstleistungen von Amerika abhängig. Die Glaubwürdigkeit Europas ist nicht unbedingt gegeben, weil Europa zerstritten in manchen Fragen ist, gerade bei Nord Stream 2. Und unsere Kapazität gerade mit dem Verlust der City of London in finanzpolitischer Hinsicht steht auch in Frage. Aber wenn wir es breiter machen, so wie Herr Dr. Treier das auch gesagt hat, wenn wir an andere Hebel denken, dann gibt es die. Und ich will kurz dazu sagen, wenn wir uns dazu entschließen, entschlössen, eine öffentlich-rechtliche große europäische Bank nun aufzubauen, das wurde ja teilweise auch schon erwähnt, die zu groß ist, um sanktioniert zu werden. Die EIB könnte das nicht machen, weil sie auf den Dollar-Handel und auf das Dollar-System angewiesen ist. Dann wäre das ein großes Signal, das ist nicht sofort eine Gegenmaßnahme, eine Gegensanktion, persönliche Sanktionen gegen Unternehmer, amerikanische oder so, aber es wäre ein ganz schön großes Signal, dass die Angst in Amerika davor, dass die Dollar-Dominanz zu Ende geht, deutlich verstärken würde und eine andere Verhandlung möglich machen würde für Europa.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Saathoff bitte.

Abg. Johann Saathoff (SPD): Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wenn ich das richtig sehe, reden wir eigentlich über drei Sachverhalte, drei Probleme, einmal Sicherung der Souveränität, das gilt sowohl für nationale Souveränität als auch für die Energiesouveränität. Und bei Energiesouveränität wollen wir mal klar sagen, die sichert man am allerbesten, wenn man möglichst schnell bei den Erneuerbaren ist. Deswegen werden wir da nochmal Gas geben müssen. Gas ist das Stichwort, Gas ist die Übergangstechnologie, überhaupt gar keine



Frage, das stimmt. Aber es wäre auch schön, wenn wir in der Frage Methanschlupf dann nochmal ein Stück weit mehr Sicherheit hätten, dass Gas auch wirklich so umweltfreundlich ist, wie es sonst propagiert wird. Der zweite Punkt ist die europäische Energiesicherheit, die angesprochen wird. Es ist also ein europäisches Thema. Und das zieht sich durch die ganze Anhörung durch. Die Frage, wie kriegen wir es eigentlich sichergestellt, dass es auch zum europäischen Thema wirklich wird und dieses an die „Top of the List“ kommt? Und der dritte Bereich ist, Sanktionen oder Anreize zu schaffen. Eigentlich sind die Anfänge der wirtschaftlichen Auseinandersetzungen schon viel früher zu erkennen, schon vor Nord Stream aus meiner Sicht, wenn man mal auf Automobilsektor guckt. Und so weiter und so fort. Und ich glaube, dass Sanktionen anzudrohen, ohne sie durchführen zu wollen, keine gute Idee ist. Und ich glaube, dass es für eine Außenhandelsnation auch keine gute Idee ist, rund um sich nur noch sanktionierte Länder zu haben. Von daher glaube ich, muss man einen anderen Weg finden. Und wenn man sagt, LNG könnte eine Alternative sein, es gibt auch oder es könnte auch LNG-Gas aus Russland kommen. Es schließt ja nicht aus, dass es aus Russland kommt. Ich habe zwei Fragen, die mir vielleicht Herr Hackenbroich noch näher beantworten könnte. Nämlich einmal, wie kann man es noch mehr zu einem europäischen Thema machen? Was können wir konkret tun, um es zu einem europäischen Thema zu machen? Und die zweite, wie können wir eigentlich einen Dialog organisieren, reicht dieser Energy-Transition-Dialog aus dem Auswärtigen Amt eigentlich aus? Oder müssten wir noch andere Instrumente dazu finden?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Hackenbroich bitte.

SV Jonathan Hackenbroich (ECFR): Ja, sehr gern. Um es europäischer zu machen, ist, glaube ich, was ich jetzt schon mehrfach gesagt habe, dass wir das Thema Extraterritorialität breiter angehen und nicht nur sagen, wir brauchen jetzt Europa, wir brauchen eure Hilfe bei Nord Stream 2. Sondern es gibt andere Sorgen in anderen Ländern, was Extraterritorialität angeht. Und darüber kann man dieses Thema auch abdecken. Ich kann nur die Türkei-Exekutiv-Verordnung noch einmal erwähnen, die aus meiner Sicht eigentlich das weitge-

hendste war. Und was gedroht hätte, man kann sagen, das hätte nie so, wäre nie so komplett implementiert worden. Aber dass das als Drohmittel eingesetzt wird, also unsere Beziehungen, unsere Handelsbeziehungen mit der Türkei in einer geopolitischen Situation im Syrien-Konflikt, das fand ich sehr alarmierend. Ich könnte ganz konkret etwas sagen, was ich glaube, sehr hilfreich wäre auch für die Europäisierung. Ich glaube, Europa braucht einen, Herr Dr. Treier hat es schon angesprochen, letztlich sind das marktverzerrende Maßnahmen. Und ich glaube, Europa bräuchte, vielleicht von einem Parlament in Auftrag gegeben, einen Bericht über die marktverzerrenden Effekte von extraterritorialen Maßnahmen. Und dieser müsste aus meiner Sicht die folgenden Elemente haben, die direkten Nachteile für europäische Unternehmen, also die direkten Auswirkungen, dadurch, dass man kein Iran-Geschäft mehr haben kann oder dass meinetwegen Nord Stream 2 nicht fertiggestellt werden könnte durch solche Maßnahmen. Die indirekten Nachteile sind aber auch ganz wichtig. Also ganz oft ist es ja nicht so, dass amerikanische Unternehmen den Platz einnehmen, den europäische Unternehmen hinterlassen, also dann muss man so ein bisschen die Sanktionsthematik verstehen und das ökonomisch berechnen. Gleichzeitig die Androhung, also schon die Antizipation von Sanktionen, die Overcompliance muss berücksichtigt werden. Und man könnte ein transatlantisches Element einbringen in diesen Bericht, der klar sagen könnte, welche Marktanteile verlieren eigentlich Unternehmen aus dem transatlantischen Raum insgesamt, Amerikaner und/oder Europäer an andere, Chinesen zum Beispiel. Und das würde den USA auch vor Augen führen, dass es nicht immer in ihrem Interesse ist, diese Sanktionen wie wild einzusetzen, beispielsweise Swift, Russland und so.

Der **Vorsitzende**: Danke. Ich muss jetzt geschäftsführend eingreifen. Wir müssen die Redezeit doch verkürzen auf drei Minuten, Antworten und Fragen, sonst kommen wir nicht mehr ganz durch. Also ab jetzt bitte die drei Minuten beachten, sonst kommen wir mit der Zeit nicht hin. Als nächstes hat das Wort Herr Dr. Lenz von der CDU/CSU.

Abg. **Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU)**: Danke, Herr



Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Herrn Dr. Wolf und an Herrn Schröder. An Herrn Wolf, wie wird sich Ihrer Einschätzung nach die deutsche Gasversorgung entwickeln? Wenn Sie hier vielleicht ein paar Szenarien aufzeigen können. Und an Herrn Schröder, Ihr Bedauern über das Ausscheiden aus der Politik sah ja schon mal anders aus, aber Sie sind ja trotzdem ein politisch denkender Mensch. Und vorher hieß es, dass sich unter einer Administration Biden nichts ändern würde geopolitisch oder auch bei diesem Thema. Wie schätzen Sie diese Situation im Kontext ein?

Der Vorsitzende: Herr Wolf bitte.

SV Dr. André Wolf (HWWI): Vielen Dank. Grundsätzlich zur Gasversorgung in Deutschland würde ich bei Fertigstellung von Nord Stream 2 argumentieren, dass das die Versorgung mit Gas durch Pipelines langfristig stärken wird in Deutschland. Wir haben es hier mit einer weiteren physischen Transportroute zu tun durch die Ostsee. Die Transportdistanz verkürzt sich damit im Schnitt. Das verringert Transportkosten. Zugleich partizipiert Deutschland damit stärker an die hohen Förderkapazitäten in der Barentssee, auf der Jamal-Halbinsel, was auch die Förderkosten senkt und damit auch einen preisbremsenden Effekt hat. Zugleich fallen auch Transitgebühren natürlich weg, die über den landseitigen Transport anfallen würden, sodass man, denke ich, insgesamt sagen kann, dass Pipeline-Gas durch Nord Stream 2 auch durchaus einen preisbremsenden Effekt auf den deutschen Gasmarkt, den europäischen Gasmarkt durch die Gasmarktintegration ausüben könnte und damit sozusagen Pipeline-Gas insgesamt stärkt. Bei Flüssiggas im Gegenzug sehe ich aktuell noch keine Entwicklung in diese Richtung. Wir haben jetzt zwar geringe Förderkosten, aber bedingt durch den Langstreckentransport über See zugleich sehr hohe Transportkosten. So dachte ich eigentlich, dass wir auch mittelfristig mit einem nach wie vor relativ hohen Anteil an Pipeline-Gas in der deutschen Gasversorgung rechnen. Was die Gasnachfolge Deutschlands insgesamt anbelangt, muss man sich hier natürlich vor Augen führen, wie schon angedeutet, dass wir es mit einer Brückentechnologie zu tun haben, dass natürlich auch mittelfristig Konkurrenz bestehen wird durch Power-to-Gas, durch alternative Technolo-

gien, mit denen auch Energieträger in der Wärmeversorgung, im Verkehr eingesetzt werden können. Aber dass eben kurzfristig zumindest für den Umbau, die Transformation, die im deutschen Energiesektor stattfinden wird und stattfinden muss, Gas unverzichtbar bleiben wird. Insofern rechne ich auch insgesamt nicht mit einem Rückgang der Gasimporte in den nächsten Jahren.

Der Vorsitzende: Danke. Herr Schröder.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Ich soll ja Stellung nehmen zu der Frage, wie ich die amerikanische politische Entwicklung hin zum November dieses Jahres einschätze. Ich glaube, zunächst einmal kann sich ja die Situation, auch was die Diskussionsfähigkeit der gegenwärtigen Administration angeht, nur verbessern. Aber ich denke, dass wir in Amerika inzwischen eine Situation haben, in der die Trumpsche Administration so etwas wie die Spitze eines Eisbergs darstellt. Das heißt, die Hoffnung zu haben, mit einer eventuellen Wahl von Herrn Biden würde sich die „America first-policy“ sofort ändern, die teile ich nicht so ohne Weiteres. Ich denke, die Beratungsfähigkeit eines eventuellen Präsidenten Biden ist weit größer als die des jetzigen Präsidenten. Vermutlich wird es auch so sein, dass die Institutionen in Amerika, die demokratischen Institutionen in Amerika wieder stärker auch eine eigene Rolle spielen könnten, als das gegenwärtig der Fall ist. Denn die sehr stabile Demokratie in Amerika lebt ja nicht zuletzt auch von den stabilen politischen Institutionen, die es in den Vereinigten Staaten gibt. Also das könnte in einem etwas mittelfristigen Prozess im Falle einer Wahl von Herrn Biden deeskalierende Wirkung haben. Aber die Hoffnung, dass sich über Nacht alles wieder ändert und die gewaltige politische Macht, über die Amerika verfügt, nicht mehr ökonomisch eingesetzt wird, dass das in einem sehr kurzen Zeitraum geschieht, die teile ich so einfach nicht. Ich würde eher sagen, dass es nach wie vor wichtig bleibt, dass auf der europäischen Ebene und dass von Deutschland ausgehend deutlich gemacht wird, dass diese Souveränitätsbeschränkungen, um die handelt es sich ja letztlich, das muss man ja klar sagen, keine sind, die wir akzeptieren können. Und das muss auf allen politischen Feldern geschehen. Ich fand den Vorschlag, der hier gemacht worden ist,...



Der Vorsitzende: Wir müssen zum Schluss kommen bitte.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): ...ja, dass das auf der parlamentarischen Ebene beginnt oder ergänzend gemacht wird, gar nicht so schlecht. Man soll nicht alles bei der Regierung belassen oder einzig bei ihr belassen.

Der Vorsitzende: Ich werde meine Redezeit natürlich entsprechend verkürzen, weil ich das jetzt länger zugelassen habe. So, als nächstes Herr Kotré bitte.

Abg. Steffen Kotré (AfD): Ja, Herr Schröder, die Probleme jetzt hier um Nord Stream 2 fallen ja nicht vom Himmel, die sind ja Ausfluss dessen, dass Deutschland einfach zu wenig eigene Interessen auch vertritt, nachdrücklich vertritt. Sie haben es ja angedeutet hier mit der dritten Gasmarktrichtlinie. Inwieweit sehen Sie da eine Entwicklung hier in Deutschland? Und was müsste man tun, also um vielleicht durchaus zu einer Energieaußenpolitik zu gelangen, die auch andere Länder betreiben? Da gibt es viele, viele Institute, Geopolitik spielt eine Rolle, das ist bei uns verpönt, fälschlicherweise. Wie würden Sie dort, ja, Empfehlungen geben, dass man auf diesem Feld wieder Verbesserungen vornehmen kann?

Der Vorsitzende: Danke. Herr Schröder, bitte auf die Redezeit achten.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Ja, zunächst möchte ich doch darauf hinweisen, dass jedenfalls, was Nord Stream 2 betrifft, denn das ist ja Gegenstand der heutigen Debatte, wir keinen Anlass haben, uns über mangelnde Unterstützung der Bundesregierung zu beschweren. Das betrifft insbesondere, das will ich hier ohne weiteres sagen, die Frau Bundeskanzlerin, die ja auch nicht zuletzt bewirkt hat, dass eine der Begründungen der amerikanischen Seite, nämlich die Ukraine-Problematik und die Nichtverlängerung des Gastransportabkommens, erledigt wurde durch politische Intervention und immerhin für fünf Jahre dort Ruhe herrscht. Und das sollte man übrigens auch nicht gefährden, wenn man ein Interesse daran hat, über den Minsk-Prozess vielleicht zu einer Verbesserung der Situation auch im Osten

der Ukraine zu kommen. Das ist das eine. Das andere ist, ich habe es deutlich gemacht oder versucht, deutlich zu machen, die Hoffnung, dass sich über Nacht alles ändert, wird so schnell nicht möglich sein, zu realisieren sein. Deswegen noch einmal, was hier ja nun auch keine Patentrezepte sind, die hier von den Fachleuten angeboten werden, ich habe auch keine, es bleibt dabei, dass wir deutlich machen müssen, Souveränitätsverzichte dieser Art kann sich ein souveräner Staat, auch wenn er befreundet ist mit den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht leisten. Das betrifft nicht nur Nord Stream, das ein ökonomisches Projekt ist und auch bleiben muss und bleiben soll. Das betrifft nicht zuletzt auch den Versuch, uns in die Auseinandersetzung mit China hineinzuziehen. Und es betrifft natürlich auch andere politische Projekte. Wir haben angedeutet die Situation der Automobilindustrie, und da meine ich jetzt nicht die Fehler, die dort selber gemacht worden sind, sondern den Versuch, die deutsche Automobilindustrie auch mit Hilfe von Sanktionen beziehungsweise Zöllen in Schwierigkeiten zu bringen. Das wird natürlich auch eine Belastung des transatlantischen Verhältnisses mit sich bringen, aber ich bin eher der Auffassung, dass, und da teile ich auch die Einschätzung anderer, dass auch nach einer Biden-Wahl, die man ja erhoffen kann, aber die ja nun nicht feststeht, um es mal sehr diplomatisch auszudrücken, auf eine ganz schnelle Änderung wird nicht hoffen können. Sondern es sind dicke Bretter, die da gebohrt werden müssen. Und da muss auch deutlich werden, dass es nicht im amerikanischen auch nicht im Sicherheitsinteresse sein kann, Europa in dieser Weise zu behandeln.

Der Vorsitzende: Danke. Es spricht nun der Kollege Gremmels bitte.

Abg. Timon Gremmels (SPD): Ja, ich habe eine Frage an Dr. Kehler. Was entgegnen Sie denn den Kritikern des Baus der neuen Gaspipeline, die sagen, das würde im Widerspruch zu den deutschen und europäischen Klimazielen stehen? Kann nur die Nord Stream 2-Pipeline aus Ihrer Sicht langfristig, das heißt, auch über das Jahr 2050 hinaus, zu einer klimafreundlichen Energieversorgung Deutschlands und Europa beitragen?

Der Vorsitzende: Herr Dr. Kehler bitte.



SV Dr. Timm Kehler (Zukunft ERDGAS): Danke. Ich denke, vorweg ist erstmal zu unterstreichen, dass wir hier über ein privatwirtschaftlich investiertes Projekt sprechen. Das heißt, Investoren haben sich genau mit dieser Frage auch sehr intensiv auseinandergesetzt und sind zu dem Schluss gekommen, dass es eine sinnvolle Investition ist. Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Der Weg in Richtung Klimaneutralität beginnt mit dem ersten Schritt. Kohleausstieg ist nicht nur ein deutsches Thema. Der wird uns die nächsten Jahrzehnte noch beschäftigen. Wir lösen Ölheizungen ab, das geht in Richtung Erneuerbare, es geht aber auch in Richtung Gasheizung. Das heißt, wir werden hier sicherlich auch im Kontext der Klimaziele mehr Gas benötigen. Und wenn ich mir den Weg in Richtung Klimaneutralität noch weiter ausmale, dann kommen wir natürlich auch in die Frage, wir haben ja gerade die Wasserstoffstrategie der Bundesregierung gesehen, dass wir tatsächlich auch Erdgas als Wasserstofflieferant nutzen. Wir haben verschiedene Möglichkeiten, aus Erdgas klimaneutralen Wasserstoff zu erzeugen, der dazu dienen kann, die vier Fünftel unseres Energieverbrauchs, die wir eben nicht über Strom derzeit abdecken, tatsächlich wirksam zu dekarbonisieren. Da geht es um die Industrie, da geht es um den Wärmemarkt, da geht es um den Verkehr. Alles Fragen, die derzeit durch die Elektrifizierung nicht abschließend gelöst werden können. Dafür werden wir Erdgas brauchen, dafür werden wir auch solche Pipelines brauchen. Und im Übrigen sei angemerkt, dass die technische Auslegung dieses Projektes durchaus auch darauf ausgelegt ist, Wasserstoff zu transportieren, das heißt, wir haben hier eine mit Sicherheit zukunftssichere Investition vor uns. Danke.

Der Vorsitzende: Danke. Frau Weeser bitte.

Abge. **Sandra Weeser** (FDP): Ja, vielen Dank. Meine Frage richtet sich nochmal an Dr. Treier. Ich würde ganz gerne noch etwas konkretisieren. Sie haben eben über die verstärkten Sanktionsmechanismen gesprochen, dass wir schärfere Schwerter ins Schaufenster stellen müssen. Sie haben unter anderem über ein Finanzvehikel gesprochen. Die Frage, die sich mir jetzt stellt: So eine Waffe, würde die für deutsche und europäische Unternehmen ausreichend sein? Und was

würde das insgesamt für den internationalen Handel bedeuten? Und können wir in Deutschland sicherstellen, dass beteiligte Unternehmen durch diese angedrohten Sanktionen nicht doch in unruhige Fahrwasser kommen? Und dann als dritte, letzte Frage noch. Reicht ein Vehikel für Finanzinstrumente oder eine Bank aus oder brauchen wir da noch weitere Instrumente? Dankeschön.

Der Vorsitzende: Die Frage war an Herrn Treier, Frau Weeser? Herr Treier bitte.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Danke, danke Frau Weeser für die Frage. Jetzt läuft die Zeit irgendwie hier falsch ab. Ich will die in eine Antwort packen. Also, es ist ja wohl bekannt, dass die deutsche Volkswirtschaft, die deutsche Wirtschaft international so engagiert ist wie kaum eine andere vergleichbare Größe mit annähernd fünfzig Prozent Exportquote am Bruttoinlandsprodukt, aber auch mit unglaublichen Engagements deutscher Unternehmen investiv in ganz vielen Ländern. Insofern sind wir auf offene Märkte angewiesen und ein verlässliches Regelwerk im Umgang mit Handel und Investitionen. Und deshalb reden wir seitens des DIHK nicht einer, und Herr Schröder hat es als Sanktionitis bezeichnet, einer Sanktionitis das Wort. Das haben Sie auch nicht gemacht. Und insofern schlagen wir nicht vor, auf Sanktionen der USA mit Sanktionen zu antworten. Sondern die erste Reaktion kurzfristig, um das nochmal zu präzisieren, wir haben Unternehmen, die haben kein USA-Geschäft. So, die sind von Sanktionen nicht direkt betroffen. Ja, es gibt auch noch Unternehmen, die machen mit dem Iran weiterhin Geschäfte. Das Problem ist, da verabschieden sich die Banken. Deshalb ein Finanzierungsvehikel; und da verstehe ich es nicht, wenn mir damals bei dem JCPOA, mit dem Iran, die USA einseitig rausgegangen sind, wenn es dann heißt von natürlichen Personen, von Institutionen, die im Finanzierungsbereich tätig sind und die eine Lösung liefern könnten, die dann sagen: Non dem ein, das mache ich nicht mit, ich bin ein Vorstandsmitglied von der Institution XY, und wenn ich in die USA reise, unterliege ich im Zweifel dann persönlich diesen Sanktionen. Wenn das die Messlatte unseres Handelns ist, dann ist es zu kurz gesprungen. Also, was wir aber empfehlen, sind Handelschutzinstrumente, die WTO-konform sind. Und



die könnten jetzt angewendet werden in der jetzigen Situation. WTO-konform, aber es gibt hier Spielraum, nicht nur ins Schaufenster zu stellen, sondern zu sagen, hier liegt eine extreme Marktverzerrung seitens der USA vor. Insofern können wir mit den Instrumenten, die wir haben, zurückarbeiten und mittelfristig...

Der **Vorsitzende**: Nein, das geht jetzt nicht mehr, das mittelfristige...

SV Dr. Volker Treier (DIHK): ...mittelfristig Freihandelsabkommen zu schließen, auch mit den USA, um zu sagen, wir haben Zollsätze, da gibt es einen gewissen...

Der **Vorsitzende**: Herr Treier, das Mittelfristige können wir dann sicher nochmal in der Frage erörtern.

SV Dr. Volker Treier (DIHK): Ja, genau.

Der **Vorsitzende**: Als nächstes spricht Herr Lämmel.

Abg. Andreas G. Lämmel (CDU/CSU): An Dr. Wolf geht meine Frage nochmal. Das Problem ist ja auch bei dem jetzigen Gesetzentwurf, dass dieser von beiden Parteien im amerikanischen Parlament unterstützt wird. Sicherlich haben Sie ja Kontakte zu Ihren Kollegen in den USA, zu Thinktanks oder zu Wirtschaftsforschungsinstituten. Wie wird denn das Thema dort diskutiert? Kann man davon ausgehen, dass sozusagen, das jetzt Mainstream der amerikanischen Gesellschaft ist? Oder meinen Sie, dass das der jetzigen politischen Situation geschuldet ist?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Dr. Wolf bitte.

SV Dr. André Wolf (WWI): Ja, vielen Dank. Also direkt aus Diskussionen mit den amerikanischen Kollegen kann ich das nicht beantworten. Aber wenn man sich die Forschungslandschaft anschaut, sieht es schon so aus, als sei auch in der amerikanischen Wissenschaft ein gewisser Konsens zu erkennen, nämlich in der Form, dass ein solches Pipeline-Projekt offenbar auch als politischer Versuch Russlands betrachtet wird, hier Einfluss in Europa zu gewinnen. Und dass sich gerade die Amerikaner in der Hinsicht auch nach

ihrer Wahrnehmung einen Wettbewerbsnachteil ausgesetzt sehen würden im Hinblick auf ihre eigene Lieferung von Flüssiggas an die europäischen Märkte. Zugleich denke ich, muss man aber auch betonen, aus wirtschaftlicher Perspektive ist der europäische Markt für amerikanische Produzenten von Fracking-Gas etwa gar nicht so sehr entscheidend, man muss gar auch bedenken, dass in Asien ja eigentlich die Wachstumsmärkte liegen, in Ostasien und dahin sich ja eigentlich vor allem auch die Exportpläne der USA aktuell richten. Insofern würde ich jetzt nicht behaupten, dass aus wirtschaftlicher Sicht unbedingt so viel gegen das Nord Stream 2-Projekt spricht, aus Sicht also der amerikanischen Unternehmen, sind es in weiterer Hinsicht eher auch politische Bedenken sicherheitspolitische Bedenken, die hier eine große Rolle spielen.

Der **Vorsitzende**: Danke. Kollege Pfeiffer bitte.

Abg. Dr. Joachim Pfeiffer (CDU/CSU): Ja, ich habe nochmal eine Frage an den Herrn Helmstädtler, dass er vielleicht nochmal aus Unternehmenssicht, und Sie haben ja die deutsch-amerikanische Sicht, nochmal erläutert, welche Möglichkeiten Sie sehen, wie wir darauf reagieren, neben den Instrumentarien, die Herr Treier eben gesprochen hat, um ganz konkret auch unseren Unternehmen in dieser Situation dann weiterhelfen zu können, also national und auch auf europäischer Ebene.

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Helmstädtler bitte.

SV Dr. Felix Helmstädtler (Morrison & Foerster): Ja, vielen Dank. Also, die Lösungen für Unternehmen liegen jetzt nicht so auf der Hand, wie ich vorhin schon sagte. Zunächst muss erstmal die Compliance sichergestellt sein. Das heißt, eine Vereinbarkeit mit den geltenden Gesetzen. Und wenn die extraterritorial wirken, dann gehören die auch mit dazu. Wichtig ist aus meiner Sicht für die Unternehmen, für die europäischen Unternehmen, die allerdings größtenteils global tätig sind, dass sich die europäische Gesetzgebung und auch die Durchsetzung von eigenen Instrumenten wirklich schnell und auf europäischer Ebene, ja, implementiert werden und keine zu langen Prozesse hier erfolgen. Was meine ich damit? Konkret gesagt, wir haben in den USA eine sehr durch-



schlagskräftige Sanktionsbehörde, wir haben mittlerweile im UK das Office of Financial Sanctions Implementation (OFSI), das ein ähnliches Konstrukt ist, wir haben aber in Europa nichts, was entsprechend global wahrgenommen wird. Und um die Unternehmen auch hier zu schützen, halte ich es für wichtig, dass die Strukturen in Europa auch so angepasst werden, dass auf globaler Ebene hier eine Wahrnehmung stattfindet, die letztlich auf Augenhöhe ist. Das heißt, dass die Reaktionen auf Maßnahmen oder globale Entwicklungen schnell auf europäischer Ebene stattfinden können und eine klare Rechtslage geschaffen wird. Auch damit sich die europäischen Unternehmen daran orientieren können und nicht in den einzelnen Mitgliedstaaten unterschiedlichen Rechtsauslegungen, unterschiedlichen Durchsetzungen des Rechts ausgesetzt sind.

Der **Vorsitzende**: Danke. Kollege Westphal bitte.

Abg. Bernd Westphal (SPD): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Eine Frage an den Bundeskanzler a.D. Schröder. Wir haben ein privatwirtschaftlich organisiertes und finanziertes Projekt. Wie ist da Ihre Einschätzung, was die Rechtssicherheit und den Vertrauenschutz der Unternehmen, der Investoren angeht, die ja bei diesem Projekt durchaus eine Relevanz haben? Und der zweite Punkt ist: Wie ist die langfristige Einschätzung energiepolitischer Natur, wenn erneuerbare Energien, also man sieht das ja in Deutschland, Energiewende, langfristig mehr Bedeutung bekommen?

Der **Vorsitzende**: Danke. Herr Schröder bitte.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Zunächst einmal ist es so, dass die Investitionen, die gemacht worden sind von dem Aktionär auf der einen Seite, aber auch von den Finanzinvestoren auf der anderen Seite, natürlich abgeschrieben werden müssten mit allen Folgen, die das für das Unternehmen hat, für die Unternehmen haben würde. Und insofern ist das natürlich eine schwere Beeinträchtigung des jeweiligen Geschäftsmodells, das kann man ja gar nicht bestreiten. Das ist auch deutlich geworden, ich habe darauf hingewiesen, dass etwa vier Milliarden Euro jährlich mehr ausgegeben werden müssten für eine sichere Gasversorgung, wenn man mehr als bisher auf LNG setzen würde und setzen müsste.

Und im Übrigen ist es jedenfalls so, legen es Leute, die von Chemie mehr verstehen, also weit mehr verstehen als ich, nahe, dass bei LNG-Gas wohl auch die Nutzbarkeit für die Spezialchemie außerordentlich begrenzt wäre. Auch das ist ein Nachteil. Und dann natürlich ein erheblicher Preisnachteil, der bereits angeklungen ist. Deswegen, was die Perspektiven der Energieversorgung angeht, wir haben entschieden seinerzeit, aus der Kernenergie auszusteigen. Nach einer kurzen Zwischenphase schneller als ich jemals erwartet habe und auch für richtig gehalten hätte. Aber gut, das ist vergossene Milch und schon Historie in Deutschland. Wir werden, so sind die Beschlüsse, aus der Kohleindustrie aussteigen, auch wegen der Klimaproblematik ist das sicher ein unterstützendwertes Vorhaben. Ob die Einzelheiten mit dem Ausstiegsgesetz schon befriedigend sind für die Menschen, die in diesen Bereichen arbeiten und ja auch für ihre Zeit eine gewisse persönliche Perspektive brauchen, das muss die operative Politik in Deutschland entscheiden. In jedem Fall werden wir, bis wir in der Lage sind, auf totalregenerative Energien umzusteigen, eine verlässliche Gasversorgung brauchen. Ich sehe keine andere Brückentechnologie, die uns in gleicher Weise sowohl zur Verfügung stünde, und zwar unabhängig von Witterungsbedingungen auf der einen Seite und die so wenig CO₂-Ausstoß produziert, wie das bei Gas der Fall ist. Was die Bundesregierung jetzt vorgeschlagen hat zum Wasserstoff, das ist etwas, was ja sehr vernünftig ist und was man unbedingt umsetzen müsste. Das braucht natürlich auch ein bisschen länger Zeit, als man gegenwärtig zur Verfügung hat, das heißt, ganz auf fossile Energieträger, in diesem Fall auf Gas, zu verzichten, halte ich für die nächsten, ich will mal sagen, zehn Jahre, für fast unmöglich.

Der **Vorsitzende**: Danke. Damit bin ich selber nochmal dran.

Abg. Klaus Ernst (DIE LINKE.): Ich werde aber die Redezeit und bitte auch die Antwortzeit auf zwei Minuten verkürzen, weil ich Sie vorher länger reden ließ. Einfach nochmal die Frage: Wenn es jetzt tatsächlich den Amerikanern gelingt, durch ihre Maßnahmen die Gasleitung zu stoppen, wenn es ihnen gelänge, wir haben ja gesagt, es wird nicht soweit kommen, wenn es ihnen ge-



länge, welche Konsequenzen hätte das für amerikanisches LNG-Gas? Würde dann der Absatz aus diesen Ländern kommen? Wie schätzen Sie das ein?

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): Also zunächst einmal ist es ja so, dass wir darüber nachdenken, ich entnehme das auch der Presse, dass wir eigene Terminals brauchen. Da sind Brunsbüttel in Schleswig-Holstein und Stade in Niedersachsen nach meinen oberflächlichen Kenntnissen; Wilhelmshaven sollte mir gerade recht sein als Niedersachse. Aber das ist natürlich angesichts möglicher Genehmigungsprozesse, die ja immer noch in Rede stehen, ein doch etwas, ich sage es diplomatisch, mittelfristiges Projekt. Aber niemand sollte etwas haben gegen den Energiesmix, den wir auch auf dem Gasmarkt haben. Ich bin deswegen der Meinung, wir haben ja auch LNG aus Katar insbesondere. Auch aus Russland. Und wenn das preislich stimmt, wird doch niemand etwas dagegen haben, auch amerikanisches Gas in Deutschland zu vermarkten. Es gibt vielleicht den ein oder anderen, der sich vor allen Dingen am Fracking stören würde. Schön ist das gewiss nicht. Und wir haben ja viele Möglichkeiten in Deutschland verbaut, etwa in deutschen Unternehmen in der niedersächsischen Tiefebene, die Möglichkeiten zu geben. Das kann man ja unterschiedlich bewerten. Jedenfalls glaube ich nicht, dass wir Anlass haben sollten, ganz prinzipiell zu sagen: Wir wollen kein LNG-Gas. Und bitte sehr, wenn das in den Markt passt und wir nicht deutlich machen müssen, dass wir auch ökonomische Instrumente haben, um uns zu wehren, zum Beispiel bei der Frage, muss es wirklich sein, dass die Infrastruktur bei LNG-Terminals öffentlich unterstützt wird, auch eine Frage, die man ja insbesondere bei den Marktwirtschaftlern sich mal...

Der Vorsitzende: Sie müssten bitte zum Schluss kommen, Herr Schröder.

SV Gerhard Schröder (Bundeskanzler a.D.): ...also, das wollte ich nur noch zum Ausdruck bringen, ich muss mich daran gewöhnen wieder, das stimmt.

Der Vorsitzende: Herzlichen Dank. Als Letzter der Kollege Krischer bitte.

Abg. Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Fossile Energien bedeuten oft, da ist unsere Wirtschaftsgeschichte voll von, unschöne Abhängigkeiten von Schurken. Und das meine ich in alle Richtungen. Und schon allein deshalb bin ich für den Ausbau der erneuerbaren Energien. Und losgelöst jetzt von der ganzen Debatte um Nord Stream 2, Jürgen Trittin sagt ja, wie ich sehr schön finde, das ist eine Wette gegen den europäischen Klimaschutz, da gibt es viele Argumente dagegen. Ich hätte eine Frage an Herrn Hackenbroich. Weil, wir müssen ja damit rechnen, dass das nicht jetzt der letzte Angriff der USA ist in so einer Art und Weise: Würden Sie mir zustimmen, dass man die Reaktionen dann auch ein Stück weit losgelöst von Nord Stream 2 produziert? Wie könnte das konkret in Bezug auf den Bundestag oder die Abgeordneten aussehen? Macht es da Sinn, wenn man die ja nun ohne Zweifel vorhandenen Argumente und guten Argumenten gegen Nord Stream 2 vermischt? Oder würden Sie da eher eine grundsätzliche Reaktion des Deutschen Bundestages, des Parlaments auf das, was in den USA da läuft, für sinnvoll halten?

SV Jonathan Hackenbroich (ECFR): Ja, vielen Dank. Ich setze an bei diesem Bericht, das ist natürlich nur ein erster Schritt. Aber ich glaube, er würde unglaublich helfen in der Debatte, europäisch, zur Marktverzerrung, zu den Marktverzerzungseffekten von Extraterritorialität. Denn das wiederum kann eine Debatte darüber in Gang bringen. Europäisch, wenn es auch nicht nur der Nord Stream 2-Fall ist, also genau, wie Sie sagen. Eine Debatte darüber in Gang setzen, könnte man ja der Generaldirektion FISMA oder anderen Teilen der Kommission ein Instrument an die Hand geben, das ganz automatisch greift, wo wir nicht darüber nachdenken müssen, lassen wir jetzt amerikanische Unternehmer nicht mehr nach Europa einreisen als Gegensanktion jetzt oder Finanzsanktionen mit Gefahr einer Eskalationsspirale, die für Europa nicht unbedingt vorteilhaft ausgehen würde. Dieses Instrument, wenn es ganz automatisch bei der Kommission läge, könnte bei Markteintritt oder anderweitig, es gibt ja auch öffentliche Auftragsvergabe, Zugang zu EU-Fördermitteln, solche Dinge, die Marktverzerrung, die



durch diese extraterritorialen Maßnahmen entsteht, ausgleichen. Und wenn sie automatisch greift und wenn sie als Kompetenz bei der Kommission liegt, dann ist es eben auch nicht dieses hochpolitische geopolitische „Wir schlagen jetzt zurück gegen die USA“, sondern wir sorgen dafür, dass Märkte offen bleiben, wir sorgen dafür, dass der Liberalismus verteidigt wird. Ein anderer Punkt, den ich noch nennen würde, den Sie auch durchaus politisch begleiten und vorantreiben könnten, ist eine Digitalwährung, ein digitaler Euro. Das der nicht in fünf, sondern vielleicht in drei Jahren kommt oder so in der Richtung. Die Hebelwirkungen der Amerikaner würden dadurch, also man kann ihn auf jeden Fall so konstruieren, dass dieser Hebel verringert wird. Und das ist etwas, was wir uns unbedingt anschauen müssen, auch deshalb, weil die Chinesen an solchen Projekten auch arbeiten. Genau.

Der Vorsitzende: Danke. Wir müssen damit zum Schluss kommen. Ich bedanke mich bei allen Sachverständigen für die kompetenten Vorschläge, die Sie gemacht haben und danke Ihnen, dass Sie hier waren. Ich möchte insofern feststellen, wir haben eine ganze Reihe mittel- und langfristiger Vorschläge gehört. Wir haben aber auch gehört, dass das, was die Amerikaner machen, ja relativ kurzfristig wirkt. Und das ist das Dilemma. Insofern werden wir uns natürlich weiter als Parlament mit beschäftigen. Wir haben gehört, dass

wir aufgerufen sind, als Parlamentarier zu handeln. Ich glaube, das machen wir auch, auch schon mit dieser Anhörung. Wir werden das fortsetzen, aber wir müssen uns auch gleichzeitig nochmal bewusst werden, dass natürlich auf der einen Seite industrielle Interessen da sind, nach Handel in allen Richtungen, die wir auch unterstützen, aber auf der zweiten Ebene natürlich es ein Auftrag auch des Bundestags ist, die Souveränität dieser Republik zu verteidigen. Die dort, das waren die Anfangsstatements, die dort durch diese Maßnahmen schon in Gefahr sind. Und deshalb müssen wir natürlich auch darüber nachdenken, was denn bisher von der Europäischen Union, die offensichtlich die Kompetenz in diesen Fragen hat, getan werden kann, auch kurzfristig zu reagieren. So würde ich das mal stehen lassen. Ich bedanke mich recht herzlich, dass Sie da waren und hoffe, dass wir da zu einer Lösung kommen, die einsteils die Souveränität der Republik verteidigt, aber auch den Interessen der Unternehmen, die mit USA Geschäfte machen, entsprechend berücksichtigt. Herzlichen Dank! Es war eine tolle Diskussion. Und bedanke mich nochmal, dass Sie hier waren.

Schluss der Sitzung: 10:58 Uhr
Eck/Jae